

Sudetenpost

Offizielles Organ der Sudetendeutschen

Landmannschaft

Österreich (SLOe)

4. Jahrgang

8. Februar 1958

folge 3

Gute Aussicht für Fremdrentengesetz

Auf Nachzahlung muß aber vorläufig verzichtet werden

Wien (SP). Nach einer Aussprache im Sozialministerium, an der außer dem Sozialminister noch Sektionschef Doktor Linseder, Nationalrat Kysela und Bundesobmannstellvertreter der SLOe, Sekretär Zahel, teilgenommen haben, glauben wir feststellen zu können, daß durch einen bei dieser Vorsprache gemachten Vermittlungsvorschlag der Gesetzgebung des von Machunze-Kysela im Parlament eingebrachten Initiativantrages außerordentlich gedient wurde. Bisher scheiterten die Verhandlungen im Parlament immer daran, daß über 400 Millionen Schilling Aufwand für die Annahme des Fremdrentengesetzes im Parlament angenommen wurde.

Als Vermittlung wurde nun durch Bundesobmannstellvertreter Sekretär Zahel

vorgeschlagen, die Angleichung an die Renten nach dem ASVG ab 1. Jänner 1957 zu beschließen und die Nachzahlung ab 1. Jänner 1953 bis 31. Dezember 1956 erst dann vorzunehmen, wenn in dieser Frage die Verhandlungen mit Deutschland positiv abgeschlossen werden. Diesem Vorschlag stimmte auch der Sozialminister zu. Am Schlusse der Aussprache beauftragte der Minister Herrn Sektionschef Dr. Linseder, noch im Jänner mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger, dem Finanzministerium und den beiden Antragstellern im Parlament die Verhandlungen aufzunehmen. Wir hoffen dadurch die größten Schwierigkeiten für die Gesetzgebung des Fremdrentengesetzes aus dem Wege geräumt und unseren Landsleuten damit gedient zu haben.

Als Erfolg der Aussprache ist die Verlautbarung vom 29. Jänner zu werten:

„Auf eine parlamentarische Anfrage teilt Sozialminister Proksch mit, daß er den Auftrag gegeben habe, einen Entwurf für ein „Auslandsrentenübernahmegesetz“ auszuarbeiten. Der Entwurf werde voraussichtlich schon im Februar den Interessenvertretungen zur Stellungnahme übermittelt werden können. Der Entwurf wird auch den Initiativantrag, der von Vertretern der beiden Regierungsparteien im Jahre 1956 eingebracht wurde, mitverwerten. In dem Entwurf geht es um die Fragen der Anerkennung von im Ausland erworbenen Rentenansprüchen und die Möglichkeit einer Nachversicherung in bestimmten Fällen.“

Man spricht von Verzicht

Von Gustav Putz

Der Vatikan ist dafür bekannt, daß er von politischen Veränderungen erst Kenntnis nimmt, wenn sie paktiert sind. Er läßt Generationen hingehen, ehe er aus De-facto-Aenderungen in seinem Bereiche De-jure-Konsequenzen zieht. Obwohl durch den Friedensvertrag von St. Germain das Burgenland schon seit mehr als vierzig Jahren zu Österreich gehört, ist beispielsweise das Land kirchenrechtlich noch immer kein selbständiges Bistum, sondern nur eine apostolische Administration und gehört eigentlich noch zum Bistum Stuhlweißenburg. Ebenso sind Tirol und Vorarlberg noch immer nicht rechtlich abgetrennt vom Bistum Brixen, sie bilden bloß eine Administration.

Man hat sich daher daran gewöhnt, Aenderungen, die der Vatikan vornimmt, als sichere Zeichen einer für lange Zeit geltenden Umwälzung der Verhältnisse anzusehen. In dieser Hinsicht sind nun in der letzten Zeit zwei bemerkenswerte Ereignisse geschehen, an denen man als Deutscher nicht vorübergehen kann. Sie betreffen beide Ostdeutschland, und zwar jene Gebiete, die derzeit — entsprechend dem Potsdamer Abkommen — unter polnischer Verwaltung stehen. Das Potsdamer Abkommen stellt ausdrücklich fest, daß der völkerrechtliche Status dieses Gebietes erst in einem Friedensvertrag mit Deutschland zu bestimmen ist. Bis dahin ist Ostdeutschland deutsches Gebiet, die Diözesen in Ostdeutschland gehören zur deutschen Kirchenprovinz, Breslau ist deutsches Erzbistum.

Dessenungeachtet hat der Vatikan im vergangenen Jahre für vier ostdeutsche Bistümer polnische Hilfsbischofe als Verweser eingesetzt. Das ist in der deutschen Öffentlichkeit stark bemerkt worden. Aber zum diplomatischen Protest hat ein zweiter Vorfall geführt: im Annuario pontificio 1958, dem Schematismus über die Weltkirche, sind zum erstenmale die deutschen Diözesen in Ostdeutschland nicht mehr mit deutschen, sondern mit polnischen Namen angeführt, also nicht mehr Breslau, sondern Wroclaw. Dagegen hat nicht nur der deutsche Botschafter beim Vatikan, sondern auch der Bundesaußenminister öffentlich Stellung genommen.

Welche Beweggründe immer der Vatikan für die beiden Aenderungen in seiner Grundhaltung gehabt hat, sie sind ein Zeichen für jene politische Erscheinung, die wir im vergangenen Jahre einmal als Aufweichung der Ostpolitik bezeichnet haben. Wir meinten damit die Folgerungen, die manche Leute sehr schnell und voreilig aus dem kleinen Nuanze-Unterschied gezogen haben, der sich zwischen dem russischen Bolschewismus und dem polnischen Kommunismus gezeigt hat. Mit bedenkllicher Eile haben deutsche Politiker daraus den Schluß gezogen, man müsse in der Frage des deutschen Ostens eine beweglichere Haltung einnehmen, man müsse den Polen helfen, sich ganz aus dem Bannkreis Moskaus zurückzuziehen, indem man ihnen die große Furcht vor einer Bedrohung der neupolnischen Gebiete durch deutsche Rückstellungsforderungen nehme. Das sei für die Ordnung in Europa wichtiger als der zeitweilige Verlust der deutschen Ostgebiete — zeitweilig deswegen, weil ja doch das europäische Statut, dem wir zusteuerten, auch in diesem Gebiete eine Ordnung bringen würde, die auch den Deutschen gerecht werde. Diese Gedankengänge haben nunmehr, wie man sieht, über Deutschland schon hinausgegriffen. Wir haben ähnliche Meinungen schon aus England gehört, aus den Vereinigten Staaten und — der Vatikan spricht nicht — sehen nun, daß auch der Heilige Stuhl nach der Freilassung des Kardinals Wyschinski und seinem Besuch in Rom seine Haltung gegenüber Polen geändert hat. Dazu kommt dann der Plan des polnischen Außenministers Rapacki, aus den beiden Deutschland, der Tschechoslowakei und Polen eine Zone zu

Zweierlei Recht im Namen der Republik

Wie lange soll die Rechtsunsicherheit dauern! — Besteht ein Recht auf Bonner Pensionen!

LINZ (SP). In der Folge vom 21. Dezember 1957 haben wir in einem Artikel: „Invalidenrente gegen Gnadenpension“ berichtet, daß das Schiedsgericht der Sozialversicherung in Wien zu Recht erkannt hat, daß die Kürzungsbestimmungen des § 93 ASVG bei einem Zusammentreffen einer Rente nach dem ASVG mit einem a. o. Versorgungsgenuß auf Grund des Bonner Abkommens (Gmundner Pensionen) nicht anzuwenden sind und dem Rentenwerber die ungekürzte Rente auszu zahlen sei.

Das Schiedsgericht der Sozialversicherung in Wien hat nach unserer Meinung richtig die Bestimmungen des § 93 des ASVG interpretiert, indem es aussprach, daß der a. o. Versorgungsgenuß nicht auf einem pensionsversicherungsrechtlichen Dienstverhältnis zu einer öffentlichen oder rechtlichen Körperschaft beruht. Dieser Anspruch, der jederzeit widerrufen werden kann, beruht nicht auf einem Dienstverhältnis, sondern auf einem Gnadenakt des Herrn Bundespräsidenten bzw. auf den Bestimmungen des Bonner Abkommens.

Leider wird diese Auffassung nicht von allen Richtern des Schiedsgerichts der Sozialversicherung geteilt. Im Namen der Republik wurden in Wien innerhalb von sechs Tagen bei zwei vollkommen gleichartigen Fällen zwei verschiedene Urteile gefällt. Am 8. Oktober 1957 hat das Schiedsgericht der Sozialversicherungsanstalt in einem Prozeßfall unter Zahl 12 C 302/1957 dem Klagebegehren stattgegeben und dem Kläger bescheinigt, daß in seinem Fall § 93 ASVG nicht angewendet werden darf. Dasselbe Schiedsgericht der Sozialversicherung in Wien hat am 25. Oktober 1957 im Prozeßfall Zahl 11 C 200/57 das Klagebegehren abgewiesen. Es hat dabei ausgesprochen, daß die „Analoge Anwendung der Bestimmung des § 93 ASVG“ gerechtfertigt sei.

Es hängt somit lediglich davon ab, ob der Familienname mit dem Anfangsbuchstaben „K“ oder „W“ beginnt, um in einem Fall abgewiesen zu werden, im anderen Fall aber die ungekürzte Rente zu erhalten. Daß eine solche Rechtsunsicherheit in der Rechtsprechung keine Dauerlösung ist, müssen wir wohl nicht besonders betonen.

Die Halbmonatschrift „Heimat“ hat in ihrer Folge vom 16. Jänner 1958 unter dem Titel „Bonner Pension — klarer Rechtsanspruch“ eine eindeutige Stellungnahme des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger veröffentlicht. In dieser Stellungnahme hat der Hauptverband der Sozialversicherungsträger erklärt, daß ein a. o. Versorgungsgenuß zweifellos einen Rechtsanspruch darstellt. Die Stellungnahme des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger besagt wörtlich: „A. o. Ruhe- (Versorgungs-) Genuße, die auf einer Entschließung des Bundespräsidenten beruhen, sind als Ansprüche im Sinne des § 93 (ASVG) anzusehen.“

So erfreulich eine authentische Interpretation und Klarstellung für alle Empfänger einer Pension nach dem Gmundner Abkommen wäre, so müssen wir bei der Stellungnahme des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger leider feststellen, daß der Hauptverband zu einer authentischen Interpretation gar nicht berechtigt ist. Die Stellungnahme des Hauptverbandes dient nur dazu, um die Versicherungsträger in Anwendung der Kürzungsbestimmungen des § 93 ASVG zu ermutigen. Bei dieser Stellungnahme handelt es sich also um eine einseitige Stellungnahme einer Partei in einem Rechtsstreit.

Auch zu dem wiederholt vorgebrachten Einwand, daß die vertriebenen Pensionisten nicht besser gestellt werden können, als ihre österreichischen Kollegen, müssen wir feststellen, daß dieser Einwand nicht richtig ist. Die Heimatvertriebenen Pensionisten mußten acht Jahre auf ihre wohlverworbenen Rechte verzichten. Sie haben, obwohl sie deutsche öffentlich Bedienstete auf Lebenszeit waren, jahrelang vergeblich auf ihre Pension warten müssen. Sie sind gegenüber ihren Schicksalsgenossen in Deutschland bis zum heutigen Tag schlechter gestellt. Ein großer Teil der Vertriebenen mußte in Österreich acht Jahre hindurch nur von einer Fürsorgerente leben. Sie mußten sich, gegenüber ihren österreichischen Kollegen, ihre Wohnung, ihren Hausrat, ja die primitivsten Bedürfnisse des Lebens neu schaffen. Es wäre daher eine unbillige Härte, wollte man nun Bestimmungen des ASVG zu ihren Ungunsten auslegen.

Wir hoffen, daß die zuständigen österreichischen Stellen endlich auch bezüglich der fragwürdigen Auslegung des § 93 ASVG eine Klärung schaffen werden.

Neuer Vorschlag für das Plöckensteingebiet

Landeshauptmann Dr. Gleißner schlägt einen Zugang zum Stifterdenkmal vor

LINZ (SN). Eine Entscheidung der Obersten Wasserrechtbehörde, des Landwirtschaftsministeriums, über das Ansuchen der Tschechen um die Ueberflutung eines 3,5 Hektar großen Landstreifens in der Bayrischen Au im Mühlviertel ist noch nicht ergangen. Das Landwirtschaftsministerium hat die Angelegenheit dem Außenministerium abgetreten, das in Verhandlungen mit der Tschechoslowakei die allgemeinen österreichischen Interessen zur Geltung bringen soll.

Der oberösterreichische Landeshauptmann Dr. Gleißner zweifelt daran, daß die Tschechen den vom Stift Schlägl gewünschten Zugang zum Plöckensteinersee gewähren werden, zumal sich am See ein Erholungsheim für tschechische Offiziere befinden soll. Landeshauptmann Dr. Gleißner machte daher einen neuen Vorschlag:

Oesterreich sollte versuchen, als Gegenleistung zur Zustimmung für die Ueberflutung einen Zugang zum Stifterdenkmal auf der Seewand zu erreichen, von der bekanntlich der schönste, von Stifter gerühmte Blick zum See gegeben ist. Dieser Zugang sollte vom Dreimarkstein, dem Zusammenstoß der österreichischen, der bayrischen und der tschecho-

slowakischen Grenze entlang dem Fußpfad zum Plöckenstein führen. Dieser Fußpfad verläuft haargenau an der Staatsgrenze. Vom Plöckensteinweg biegt dann der Weg zum Stifterdenkmal nordostwärts aus. Das Denkmal ist von dort aus in kurzer Zeit erreichbar. Bis zur Dreiländerecke führt eine befahrbare Straße von Schwarzenberg aus. Außerdem ist dieser Punkt auch vom Dreisesselberg aus erreichbar, ohne daß tschechisches Staatsgebiet berührt werden müßte.

Landeshauptmann Dr. Gleißner ist der Meinung, daß eine solche Dienstbarkeit von den Tschechen eher erreicht werden könnte als der Zugang zum See selbst, der an sich keine besonderen Reize böte.

Der Landeshauptmann, der diesen Vorschlag in einer Pressekonferenz machte, erwähnte nicht, ob die österreichischen Zentralbehörden diesen Plan gutgeheißen haben.

Die Fertigstellung der Staumauer bei Friedberg und der Beginn der Aufstauung wird die Tschechen zwingen, mit den österreichischen Behörden zu verhandeln. Ohne die Ueberflutung der Bayrischen Au würde die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerkes sehr beeinträchtigt.

Leistungsbericht der „Heimat Österreich“

Für 1958 sind keine großen Mittel für die landw. Sefthaffung zu erwarten

Das Siedlungswerk „Heimat Österreich“ kann für das Jahr 1957 wiederum einen sehr eindrucksvollen Leistungsbericht erstatten. Insbesondere war der Verein, wie wiederholt anerkannt wurde, auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Sefthaffung führend, und es gelang ihm, die meisten Mittel für diesen Zweck nach Steiermark zu ziehen. An fünfundsiebzig Flüchtlinge aus dem Bauernstand wurden Darlehen in der Höhe von 2.196.000 Schilling vermittelt, 26 von Mandatsflüchtlingen, neun von anderen Heimatlosen. Die Aktion wird im allgemeinen mehr für Ankäufe als für Pachtungen in Anspruch genommen, wie sich überhaupt bei den Heimatvertriebenen das Bestreben zeigt, eigenen Grundbesitz zu erwerben. Leider gehen die Mittel dieser Aktion zu Ende.

Die Tochtergesellschaft „Heimat Steiermark“ konnte vier Häuser mit 48 Wohnungen fertigstellen, ein fünftes steht im Rohbau. Zwei Häuser mit 21 Wohnungen sind für 1958 geplant, so daß in der Kaiserwald-Siedlung 81 Vertriebenen-Familien Platz finden werden.

Aus der Unref-Aktion reichte die „Heimat Österreich“ für sieben Fälle von Existenzgründung, einen von Existenzsicherung und 22 Bauansuchen um Darlehen ein und erhielt für 21 Fälle 412.000 S. Für 23 Fälle wurden 479.000 Schilling zur Darlehensverbilligung als Zinszuschuß zugezahlt. Die steiermärkische Landesregierung hat für 1958 wiederum 500.000 Schilling zugesagt, von denen 300.000 Schilling zur Zinsverbilligung verwendet werden sollen. 200.000 Schilling bleiben für Notstandsfälle reserviert.

machen, in der Atomwaffen weder angewendet, noch auch gelagert werden dürften.

Nun ist es wohl unumstritten richtig, daß das höchste Gut, das wir zu bewahren haben, der Friede ist. Gerade die Heimatvertriebenen haben die Erfahrung gemacht, daß mit Krieg nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren ist. Die Lehre von 1938 bis 1945 hat besonders den Sudetendeutschen genügt, um sie zu Realisten in der Politik zu machen. Realismus in der Politik heißt aber: nicht mehr verlangen als man erreichen kann — aber nicht nur erreichen, sondern auch behalten! 1938 haben die Sudetendeutschen mehr bekommen, als sie sich von 1919 bis 1938 hätten vorstellen können — 1945 haben sie dann alles verloren. Gerade die Sudetendeutschen wissen (und sie wissen es besser als andere Vertriebenen-Gruppen), daß eine realistische Politik Opfer verlangt. Aber die Opfer müssen sich im Rahmen der Erhaltung der Volksexistenz halten. Man kann, wenn in einem Hause Unfrieden herrscht, den „Gescheiterten“ spielen und sagen: ich sehe, wir passen nicht zusammen, ich ziehe lieber aus, damit Friede sei. Man kann dies aber nicht mit der Heimat tun, denn die Heimat gehört nicht der einen, lebenden Generation, sondern auch den folgenden Geschlechtern.

Die Politik, die heute da und dort hinsichtlich der ostdeutschen Gebiete propagiert wird, ist also unrealistisch, weil sie mit dem stärksten Gefühlswert nicht rechnet, über den der Mensch neben der blutmäßigen Verbindung mit seinem Geschlechte verfügt, dem Heimatgefühl, der Heimatliebe. Heimatliebe bedeutet aber nicht bloß, daß man, wenn man will, einmal aus der Fremde wieder zu gelegentlichem Aufenthalt zurückkehren kann, sondern bedeutet, daß die Heimat in ihrem Wesen so erhalten bleibt, wie sie ist und war, daß sie also nicht durch nationale Änderungen gewaltsam zur Fremde gemacht wird. Wie etwa Breslau zu Wrocław, ein deutsches Dorf zu einem rein tschechischen.

Mat hat leicht reden, wenn man sagt: um der Wiederherstellung eines europäischen Friedens willen lassen wir den Polen die ostdeutschen Gebiete. Die Sache sieht anders aus, wenn etwa die Forderung gestellt wird: um des Friedens willen lassen wir den Russen und ihrem Anhang Europa, in Amerika lebt sich's auch nicht schlecht. Flucht ist noch selten für den Feind das Zeichen zu Stillstand gewesen; er stößt nach.

Wir befinden uns in einem bedeutungsvollen und schwierigen Augenblick der europäischen Politik. Tiefgehende, erbitterte Auseinandersetzungen spielen sich augenblicklich in Deutschland zwischen Adenauer und der Opposition ab. Stimmen in Frankreich, in England, zum Teile auch in den Vereinigten Staaten und nun auch Anzeichen im Vatikan sprechen von einer Verzichtspolitik. So verhaßt uns der Krieg ist: wir glauben nicht, daß man der Wolfsmeute Einhalt tut, wenn man sie durch vorgeworfene Fleischstücke noch blutiger macht.

Der Koppenvater

...und wie ich häm kam, hatte mir der Briefträger onder anderen Briefen und Koarten und Zeitungen und Rechnungen, na was ma sich halt a su eiwerschoft eim Laufe der Zeit, ja, da hatte mir der Briefträger a äne Elodung gebracht, auf dar drufstoand „An unsern lieben Koppenvater samt seiner Frau Maly“. Mit dieser Neuigkeit überfiel mich also gleich die Maly und hatte tausendundeine Sorge, ob se sich die Haare eindrehen sollte, ob sie schwarz oder blau gehen soll. Die war auf die alten Tage ganz narrisch und ich kann nicht verheimlichen, daß auch ich mich freute über diese Einladung. Dabei steht unser Koppenvater gar nicht einmal „Tief drinn“ im Böhmerwald. Immerhin, die Böhmerwälder laden mich alten Kräuterer zum Faschings-tanz ein. Soferne es mir mein Gichtknochen gestattet, womit ich keinesfalls meine Maly meine, dann komm ich.

Während ich das alles überlegte und mir die Vorbereitungsseufzer von der Maly anhörte, anhören mußte, da packte ich gedankenverloren meinen Rucksack aus und stellte alles nebeneinander schön sauber auf den Tisch. Ich war nämlich ei dr Stoadt gewast und hatte a su allerhand besorgt, was br für a Haushalt brauchen. Mahl ond Zocker ond Kaffee, Zuern ond Nadeln ond Schuhschnierla. Alles, alles stellte ich of a Tiesch hin ond a äne kläne Spoorbeche. Äns aus Porzellan. Ach, Ihr kennt's eh. Halt a Spoor Schweinla, wie br se als Kender immer hatten und wenn br dann Geld gebraucht h'n, da sei br mit äm Besteckmesser ei'n Schietzla neigefoahrn ond 's Geld is stecklaweise rausgekoaselt.

„Nä, etz sä mir och, Vota, für was de dos Spoor Schweinla eige kauft hoast. War soll denn bei ens zu spoor anfangen. Ich vielleicht?“ A su überfiel mich die Maly glei mit ihrer ihr demokratisch zugesicherten, gesetzlich verankerten Meinungsfreiheit. Zu ihrem Erstaunen mußte ich mitteilen, daß auch ich nicht daran dachte, ab nun das neue Spoor Schweinchen täglich zu füttern, sondern daß ich damit ganz andere Dinge vorhabe.

Der deutsche Bundesverkehrsminister Doktor Ing. Hans Christian Seeborn schrieb den Sprechern der Volksdeutschen in Vorarlberg, die ihn schon im vorigen Sommer um Unterstützung ihrer Anliegen gebeten hatten, und machte sie auf eine Begünstigung des neuen deutschen Kriegsfolgesgesetzes aufmerksam. Zwar ist nach § 3 Abs. 1 dieses Gesetzes die



endgültige Behandlung der Reparationsschäden, unter welchem Titel beispielsweise die Sudetendeutschen von den Tschechen enteignet wurden, einem künftigen Gesetz vorbehalten. Doch sieht der Teil IV des Kriegsfolgesgesetzes in § 68 ff. eine Härteregelung für Notlagefälle nach den Grundsätzen des deutschen Lastenausgleichs vor.

Unmoralische Holzgeschäfte mit der CSR

Eine erquickliche Stellungnahme der österreichischen Waldbesitzer

LINZ (SP). Die „Sudettenpost“ hat in einigen Berichten Mitteilung über Holzgeschäfte gemacht, die von der Aktiengesellschaft Verkaufsbüro österreichischer Waldbesitzer in Wien mit den Tschechen getätigt worden sind. Die Tschechen hatten — auf Betreiben österreichischer Nachbarbesitzer — Holz, das in einer Windbruch- und Schneedruckkatastrophe im vergangenen Winter angefallen war, dem Verkaufsbüro verkauft. Dieses Holz stammte aber aus Wäldern, die einstmals österreichischen oder sudetendeutschen Grundbesitzern im Böhmerwald gehört hatten und von den Tschechen enteignet worden waren. Daher hat auch einer der Besitzer, der in Oberösterreich lebt und der sein Holz eindeutig erkannte (siehe „Sudettenpost“ Folge 23/1957), das Verkaufsbüro auf Herausgabe des Holzes oder eine Entschädigung von 18.000 S geklagt.

Wie sehr das Geschäft des Verkaufsbüros die vertriebenen Sudetendeutschen erbitterte, hat ein Brief bewiesen, den der Herzog von Beaufort in der letzten Folge der „Sudettenpost“ veröffentlichte. Offenbar auf solche Briefe ist auch eine Stellungnahme des Hauptverbandes der Wald- und Grundbesitzer Österreichs zurückzuführen, die man als erquicklich bezeichnen darf. Der Hauptverband hat an das Verkaufsbüro folgenden Brief gerichtet:

„Aus verschiedenen Presseartikeln und privaten Mitteilungen unserer Mitglieder erfahren wir, daß Sie mit tschechoslowakischen Regierungsstellen unter dem Titel der ‚Aufarbeitung von Windbruchholz auf böhmischen Gebiet‘ eine Vereinbarung dahingehend getroffen haben, das dort gewonnene Holz aufzuarbeiten und weiterzuverkaufen.“

Nach unseren Informationen haben Sie dies getan, ohne sich mit den rechtmäßigen Eigentümern dieses Grund und Bodens vorher ins Einvernehmen zu setzen. Es dürfte Ihnen nicht unbekannt sein, daß sich in dem

Darnach können unter bestimmten Voraussetzungen, wie Bedürftigkeit oder jetzt unverschuldet eingetretene Notlage, eine Unterhaltshilfe, eine Ausbildungsbeihilfe, Hausratshilfen und Darlehen zum Aufbau einer Existenz im Rahmen des Lastenausgleiches gewährt werden.

Es können also, so schreibt Bundesminister Seeborn nach Dornbirn, alle Geschädigten, auf die eine Voraussetzung zutrifft, beim zuständigen deutschen Konsulat mit ausführlicher Begründung ein Gesuch dann einreichen, wenn sie heute die bundesdeutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Die deutschen Konsulate versehen die Ansuchen mit einer Stellungnahme und reichen sie an das Ausgleichsamt der Stadtverwaltung Köln weiter, das für die zentrale Bearbeitung solcher Ansuchen aus dem Ausland zuständig ist.

Es ist nicht bekannt, wieviele Volksdeutsche in Österreich inzwischen Bundesdeutsche geworden sind. Man darf aber dem deutschen Bundesverkehrsminister, der selbst Sudetendeutscher ist, für die Obsorge dankbar sein, die er den Volksdeutschen in Österreich zukommen läßt, auch wenn diese gesetzliche

Regelung vorläufig nur einen Lastenausgleich für bedürftige Bürger der Deutschen Bundesrepublik erlaubt. Der Minister fügte aber seiner Mitteilung hinzu, er werde weiterhin unermüdlich für die Interessen aller volksdeutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in Österreich eintreten und im Sinne jener Entschließung vorgehen, die auf zwei Versammlungen der Vorarlberger Volksdeutschen in Dornbirn und Bludenz beschlossen und ihm übermittelt wurden. (Bei den deutschen Konsulaten ist die Regelung noch nicht bekannt. Anm. d. Red.)

Die 3. Novelle zum ASVG

Von Dr. Wilhelm Butschek, Graz

Von den Weihnachtsgeschenken auf dem Gebiet der Sozialversicherung, die unser Parlament in den letzten Sitzungen des Vorjahres an alle Schichten der Bevölkerung verteilte, war für die Arbeiter und Angestellten die 3. Novelle zum ASVG bestimmt. Hatte man auch aus ihr im letzten Moment noch die Bestimmungen über eine vorläufige Sanierung der Krankenversicherung eliminiert und die Lösung dieses so wichtigen Problems einem späteren Zeitpunkt vorbehalten, so blieb doch genug darin enthalten, was von der Arbeiter- und Angestelltenschaft mit aufrichtiger Freude entgegengenommen werden konnte. Die Novelle brachte folgendes:

1. Neueinführung einer vorzeitigen Altersrente bei Arbeitslosigkeit in der Pensionsversicherung: Auf sie hat der Versicherte nach Vollendung des 60., die Versicherte nach Vollendung des 55. Lebensjahres Anspruch, wenn bei Erfüllung der sonstigen Voraussetzungen (Wartezeit, Dritteldeckung) von ihm (ihr) in den letzten 13 Monaten vor dem Stichtag durch mindestens 52 Wochen aus dem Grunde der Arbeitslosigkeit eine Geldleistung aus der Arbeitslosenversicherung bezogen wurde, und zwar für die weitere Dauer der Arbeitslosigkeit. Diesem Bezug steht ein solcher des Krankengeldes aus der gesetzlichen Krankenversicherung und eine auf Grund einer solchen Versicherung gewährte Anstalts-(Heilstätten-)pflege gleich. Hiezu ist zu bemerken, daß eine ähnliche Leistung, die unrichtigerweise als „Berufsunfähigkeitsrente bei Arbeitslosigkeit“ bezeichnet wurde und den weiblichen Versicherten in Bezug auf das Alter in keiner Weise entgegenkam, schon bisher, allerdings nur in der Pensionsversicherung der Angestellten, bekannt war. Die neu eingeführte Leistung gilt hingegen für den gesamten Bereich der Pensionsversicherung (Arbeiter, Angestellte und Bergarbeiter) und ist eine Altersrente.

2. Neuerliche Aufwertung der Altrenten in der Pensionsversicherung der Angestellten: Seit dem Inkrafttreten des ASVG, also seit dem 1. Jänner 1956 unterschied man in der Pensionsversicherung Alt- und Neurenten, wobei als Altrenten alle diejenigen bezeichnet wurden, die vor dem 31. Dezember 1955 angefallen waren; sie blieben, was ihre Höhe anbelangte, ganz wesentlich hinter den durch das ASVG gewährten Neurenten zurück. Zwar waren sie bereits durch die 1. Novelle zum ASVG (BGBl. 266/56) ab 1. Jänner 1957 um ein Sechstel, genauer gesagt um das 1,1667-fache der Rente erhöht worden, aber noch immer war ihr Abstand gegenüber den Neurenten bedeutend. Nunmehr werden sie ab (Fortsetzung Seite 3)

Ich glaube, es war am 28. oder 29. Jänner, also an dem Tage, an dem heuer der Winter stattfand, grad damals war ich drinn in der Stadt, um den alten Franke Schuster aus Kaulwiesen zu besuchen. Er wohnt bei seinem Sohne und dessen Familie. Der alte Franke Schuster hat heute seine 75 Jahre am Buckel, aber das sieht man ihm nicht an. Er ist immer noch froh und munter und guter Dinge, pfeift und singt mit seiner zwirndünnen Stimme, rennt wie ein Wiesel in Todesangst und ist auch sonst recht geschnitzig. Man muß nämlich wissen, daß der Franke Schuster schon seit zwölf Jahren draußen am Stadtrand in einer Wohnsiedlung lebt. Das Wort Wohnsiedlung kommt mir heute immer a beßla flemisch und angerisich vor. Denn in einer Wohnsiedlung, da wohnt ja bekanntlicher Känner, da hausen se bloß, wenn 's a zum Hausen käne Häuser hat als bloß Baracken. Ja, also, Franke Schuster ist trotz der langen zwölf Jahre im Barackenlager noch immer gut beisammen und ich hol mir sogar von Zeit zu Zeit bei ihm a beßla Mut und Tapferkeit und Anregung. Da sitzen wir dann immer ei da Quetsche vo äner Küche, recht schien vom Fanster weg, weils da zieht und a wieder nie zuweit zur Mette hin, weils dat, wenn's grad plötze regnet, uf ämol zu treppeln oanfängt.

„Gut, daß du kommst“, begrüßte mich Franke schon von weitem, indem er rasch die Zeitung zusammenlegte. „Ja hast du denn schon auf mich gewartet, Franke?“ blickte ich ihn erstaunt an. „Das nie, Koppenvater, aber ich wollt dir bloß sagen, daß du ein stinkfauler Bruder geworden bist, weil kein Koppenbrief abgedruckt ist.“ Er schrie mich fast an. „Da gehört nei, verstanden, und wenn d'n, wos wäß ich wu oder wenn schreiba mußt.“ Ich beruhigte Franken so gut es ging und er ließ sich versöhnen mit äm Flaschla Schnaps. Bibernalle is es, wenn ihr 's genau wessen wollt und ich ho mir 'n a salber oangesetzt. Nach dem dritten Stampala meinte Franke Schuster, daß ich es haarscharf erraten habe, grade an diesem Tage ihn zu besuchen, denn man erwarte heute hohe Gäste, allerhöchste Würdenträger, die sich persönlich von Stand, Zustand,

Umstand und allen anderen Zuständen der Lagerinsassen überzeugen wollten.

Es dauerte auch wirklich gar nicht lange, da hörte man es schon brummen und summen. Eine Autokolonne zwängte sich durch das Wohnsiedlungstor, rollte über das Wohnsiedlungswegenetz quer durch die Wohnsiedlung, und die Autoinsassen erfaßten so zunächst einmal aus dem Wagen heraus, wie die Wohnsiedlungssassen siedelten, aber noch nicht, wie sie wohnten, und genau zu diesem Zwecke mußten sie stehen bleiben, nicht ohne einige Verrenkungen des Leibes ihre Kraftfahrzeuge verlassen und nicht ohne eingezogenem Schädel und erforderlichen Verrenkungen des Leibes in trauliche Wohnsiedlungsobjekte eintreten und dort einmal Umschau zu halten. So blieben die Herrn ausgerechnet vor Franke Schusters Wohnsiedlungsobjekt stehen und zwängten sich in die Wohn-Schlaf-Küche herein. Flink wie der Fortz oa der Laterne räumte Franke die Flasche und die Stampala weg und ging den hohen Gästen mit hausväterlicher Würde entgegen.

„Nä, mei Lieber! Ausziehen vo do, das gieht nie a su leicht,“ hörte ich meinen Freund sagen. Im Verlaufe des weiteren Gespräches erfuhren dann die hohen Gäste und stellten mit nicht gelindem Erstaunen das fest, was es schon alle wissen, daß nämlich das Lagerauflösungsprogramm, das ihrem Besuche zugrunde lag, kaum ein Drittel der Wohnsiedler-schaft den Wohltaten dieses Programmes inne würde. Ja sattersch, das han nämlich die hohen Gäste ein Franke Schusters Wohn-Schlaf-Küche a noch festgestellt, daß sich der Wohltat der Lagerauflösung sehr widerspenstig und haarig das Gestrüpp der Gesetze entgegenstellte. Auf diese nicht mehr angewöhnliche Weise sind nämlich auch die sogenannten „Einbürgerungsgeschädigten“ maschinell erzeugt worden. Das sind nämlich alle die Leit, die gedacht haben, wenn sie mühsam und kostenreich die Staatsbürgerschaft besorgen, daß dann alles in Zukunft viel leichter ging.

„Wessen Se“, sagte Franke zu den hohen Würdenträgern, „wessen Se, ich und mei Suhn und seine Familie, wir hon ens nämlich schon

vor a poar Joahrn drem geressen, daß ber de österreichische Staatsbürgerschaft kriegen. Wenn br ens nämlich nie drem geressen hätten, do täten br vielleicht schon ei äner schien' neuen Wohnung setzen, aber etz kemmer sech die Unfre nemmer em ens, und das Vaterland hat für ens a ka Geld und da setz br halt immer noch ei dr Baracke und worten auf den Frühling sozialer Gesinnung.“ Wäß der Teifel, wuhar der Franke Schuster uf ämol a su a gescheite Rederei nahm. Immerhin mag sie ihren Erfolg bei den hohen Gästen gehabt haben, denn einer der Herren klärte den allerhöchsten Gast darüber auf, daß Franke Schuster die reinste Wahrheit spreche. Und so sprach der hohe Gast das hoffnungsreiche Wort aus, das sich in diesem Lande einer uralten Tradition erfreut: „Do muuß was gschehn!“, und die anderen Gäste respondierten mit verhaltener Stimme: „Es muuß was gschehn“, worauf sich die Kommission mit Verrenkungen des Leibes wieder ins Freie hinauswand.

Ja und jetzt, nachdem ich meiner Maly das alles geschildert hatte, konnte ich ihr auch erst erklären, wozu auch eine Sporbüchse mitgebracht hatte. „Siehste, Maly“, sagte ich. „wie ich die Sache aus lebenslänglicher Erfahrung kenne, wird in jämmerlichen fünf Jahren bereits ein Entwurf für ein Lagerauflösungsprogramm für die Altösterreicher vorliegen und in weiteren fünf Jahren wird dann dazu kommen, daß dieses Programm anläuft. Da kann es durchaus passieren, daß da der Stamm der altösterreichischen Wohnsiedler fast ausgestorben ist. Da scheck ich also jetzt der zuständigen Stelle das Sparschweinla und denk mir dabei: entweder kann auf diese Weise der Grundstock für das Auflösungsprogramm geschaffen werden oder es ist bereits zu spät dafür, dann kann dem letzten Wohnsiedlungsbewohner mit dem Geld und Zuschüssen des Denkmalamtes wenigstens ein schlichtes Staatsbegräbnis bereitet werden.“

In der Hoffnung, einen praktischen Beitrag zur radikalen Lagerauflösung geschenkt zu haben, zeichnet hochachtungsvoll

Euer Koppenvater.

Keine Abschreibung der deutschen Ostgebiete

Von Wenzel Jaksch

Auf den Parteitagen von Dortmund und Berlin hat sich die SPD programmatisch verpflichtet, für das Heimatrecht der Vertriebenen einzutreten. In ihrem Aktionsprogramm wird erklärt:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft für die Wiedergutmachung des Unrechts, das den Opfern der Potsdamer Ausreisungsbeschlüsse angetan worden ist. Sie bejaht ihr Heimatrecht im Osten und ihr Lebensrecht im Westen.“

Alle Menschen haben ein Recht auf ihre Heimat, ihr Volkstum, ihre Sprache und Kultur. Die Sozialdemokratische Partei wird sich für die Möglichkeit der friedlichen Rückkehr aller Vertriebenen einsetzen, gleichviel, ob sie innerhalb oder außerhalb der deutschen Vorkriegsgrenzen gelebt haben.“

Damit ist ein eindeutiger Rechtsstandpunkt bezogen worden, der an die Erklärungen anknüpft, die Kurt Schumacher schon 1946 zur Frage der Oder-Neiße-Linie abgegeben hat. Bisher hat kein verantwortliches Gremium der Partei und keine einzige Parteigliederung verlangt, daß diese Linie verlassen werden soll. Wir sollten uns daher davor hüten, durch Einzelerklärungen oder durch Bemerkungen in der Presse die Glaubwürdigkeit der programmatischen Haltung der Partei in dieser wichtigen Frage zu erschüttern.

Mehr oder weniger akzentuiert schwebt seit einiger Zeit die Frage über der westdeutschen Außenpolitik, ob der bisherige Rechtsstandpunkt hinsichtlich der deutschen Ostgebiete mit den Bestrebungen nach einer Normalisierung der Beziehungen zu den Ostblockstaaten in Einklang gebracht werden kann. Hinzu gesellte sich noch mehrfach die Erwägung, daß die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die Bundesrepublik mit der Zeit ein Hindernis der Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen der vier Besatzungszonen werden könnte.

In dieser Linie lag kürzlich auch eine Bemerkung des „Vorwärts“ („Ostpolitik in der Sackgasse“, 8. 10. 57), wo über die Frage der Oder-Neiße-Linie ausgeführt wurde:

„Mit Rücksicht auf die fundamentale Bedeutung dieses Problems für die deutsche Wiedervereinigung und die Erhaltung des Weltfriedens dürfte es jedenfalls an der Zeit sein, gewisse Tabus zu durchbrechen, die bisher jede realistische Betrachtung dem Odium des Verrats an den nationalen Interessen Deutschlands oder an den westlichen Freiheitsprinzipien auszusetzen schienen.“

Diese Folgerung knüpfte an eine Äußerung des Pariser Blattes „Le Monde“ an, die dem Bundeskanzler einen deutschen Verzicht auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße nahegelegt hat. Wenn diese Stellungnahme des „Vorwärts“ als Ausgangspunkt einer neuen Erörterung des ganzen Problemkreises gedacht war — so wurde sie vielfach verstanden —, dann sollte gleich am Beginn der Diskussion einer Begriffsverwirrung vorgebeugt werden: ein Programm und ein Tabu sind zwei verschiedene Dinge. Ueber Tabus zu reden ist im Kreis der Gebannten schlechthin verboten. In einer demokratischen Bewegung kann man jedoch über die Notwendigkeit einer Programmänderung frei diskutieren. Man soll aber nicht vom Ausgangspunkt hier einen wohlüberlegten programmatischen Standpunkt mit dem Odium eines „Tabus“ belasten.

Die Motive westlicher Ratgeber

Ist es sicher, daß ein heißes Verlangen nach der deutschen Wiedervereinigung hinter den Pressestimmen aus Paris und London steckt, welche den Deutschen die Preisgabe ihrer Ostgebiete empfehlen? Das zynische Bekenntnis des Oxford-Professors A. J. P. Taylor zum „Glücksfall“ der Spaltung Deutschlands (im Londoner Sunday Express) sollte in Westdeutschland nicht als Einzelstimme bewertet werden. Der Geist der „Entente Cordiale“ ist nicht tot. Taylor, der seinerzeit Beneschs Kollaboration mit den Kommunisten in hohen Tönen pries, ist nur einer der Sprecher jener mächtigen Strömung in England, die sich nach dem zweiten Weltkrieg mit einem slawischen Block in Osteuropa auf Kosten des deutschen Volkes verständigen wollte. De Gaulle wollte dasselbe. Diese Politik der Aufteilung Europas in Interessensphären des Ostens und des Westens ist seinerzeit daran gescheitert, daß Stalin die britisch-französische Interessensphäre in Griechenland, an den Dardanellen und im Nahen Osten nicht respektierte. Chruschtschows Außenpolitik erweckt zwar nicht den Eindruck, daß er Stalin an Bescheidenheit übertreffen wolle, aber die Taylors hören nicht auf, zu hoffen. Täuschen wir uns nicht:

Wer den Frieden Europas auf einer dauernden Schwächung Deutschlands begründen will, der will es gründlich schwächen!

Aus dieser Geisteshaltung heraus malt Taylor die Folgen einer deutschen Wiedervereinigung in düsteren Farben. Ein geeintes Deutschland würde mit seinen 70 Millionen Einwohnern Europa überschatten. . . Die Deutschen würden eine Revision der Oder-Neiße-Linie verlangen und — soweit man Taylor Glauben zu schenken bereit ist — auch das Sudetenland.

Ein gefährliches Wunschenken

Zu den Ratschlägen von „Le Monde“ ist von deutscher Seite wohl die Gegenfrage angebracht, warum dieses Pariser Blatt so weit in die Ferne der deutschen Ostgebiete schweift, während sich aktuelle Möglichkeiten einer französischen Verzichtspolitik im nahen Algerien anbieten. . . Die Zahl der Deutschen, die heute noch hinter der Oder-Neiße-Linie leben, ist nicht viel geringer als die Anzahl der französischen Kolonisten in Algerien. Die-

selben Leute, die das Heimatrecht der Kolonialfranzosen in Nordafrika mit Waffengewalt verteidigen, sind im Wegschneiden deutscher Gebiete von seltener Großzügigkeit. Durch einen Verzicht auf Schlesien, Pommern und Ostpreußen, so meint „Le Monde“, könnte die deutsche Politik „nicht nur einen Grund zu dauernden Spannungen und Beunruhigungen ausschalten, sondern auch auf einen Schlag das stärkste Band zwischen Warschau und Moskau durchtrennen“.

Kein Zweifel, das letztere Argument ist bestechend. Es wäre aber höchst gefährlich, wenn in der Bundesrepublik das taktische Kurzschlußdenken Eingang fände, daß ein Verzicht auf die deutschen Ostgebiete eine freiheitliche Entwicklung in Polen fördern und die Loslösung Polens aus dem Machtbereich der Sowjetunion erleichtern würde. Solche Erwartungen basieren auf einer tragischen Verkennung des ganzen Charakters des Ost-West-Konfliktes. Es wird dabei vorausgesetzt, die Völker Osteuropas lebten noch in den nationalstaatlichen Illusionen der zwanziger Jahre und der polnische Patriot in Warschau oder Krakau hätte keinen heißeren Wunsch als den, daß Wrocław niemals mehr Breslau genannt werde. Wir leben jedoch im Zeitalter der ideologischen Konflikte und es ist daher sonnenklar, daß für die nichtkommunistischen Polen nicht die „Westgebiete“ im Vordergrund stehen, sondern ihre eigene individuelle Freiheit, ja, die geistige und moralische Kollektivexistenz ihres Volkes.

Die Polen sind ein tapferes Volk und in Posen haben sie nicht zum ersten Male den Mut zum Sterben für die Freiheit bewiesen. Warum sollten die polnischen Patrioten nicht auch die Klugheit aufbringen, die Danaergeschenke Stalins auf ihren Wert oder Unwert zu prüfen? Die Zerstörung der Rechtsstaatlichkeit, die moralische und auch die wirtschaftliche Zerrüttung, die von den Vertreibungsgebieten ausging, ist gerade in Polen mit Händen zu greifen. Ein polnischer Freiheitswille, der sich nur aus dem gesicherten Besitz verdrängter schlesischer Städte und verfallender Dörfer in Pommern nähren könnte, wäre in der Tat ein blutarmes Gewächs.

Zum Glück stimmt das Wunschenken der Kurzsichtigen nicht. Die „DDR“, welche die Oder-Neiße-Linie als „Friedensgrenze“ feierlich anerkannt hat, ist bei den osteuropäischen Völkern viel weniger geachtet als die Bundesrepublik! Die Existenz eines freien



Patria
Strümpfe
aus Perlon, Nylon, Wolle etc.
für Damen, Herren und Kinder
In allen Fachgeschäften

Deutschlands ist für sie eine Quelle der Hoffnung. Sie wissen, daß sie in Zukunft die Freundschaft des deutschen Volkes brauchen werden und die Zusammenarbeit mit ihm. Darum wird auch jeder freiheitlich denkende Pole oder Tscheche verstehen, daß das künftige Nachbarschaftsverhältnis zu Deutschland nicht auf einseitigen deutschen Opfern begründet werden kann.

Möglichkeiten der Annäherung

Während des Krieges wurde unter den Völkern des Westens ein heißes Ringen um die Unterscheidung zwischen dem Hitlerregime und dem deutschen Volke geführt. Daß diese Unterscheidung dann bei der Friedensplanung fallen gelassen wurde, hat zu den verhängnisvollen Fehlentscheidungen von Casablanca, Yalta und Potsdam geführt. Bei der Gestaltung des künftigen Verhältnisses der Bundesrepublik zu den einzelnen Ostblockstaaten sollte daher die Unterscheidung zwischen diesen Völkern und ihren Diktatoren unser geistiger Ausgangspunkt sein. Die Regierungen in Warschau, Prag, Bukarest und Budapest haben gegenüber der Bundesrepublik wenig Spielraum. Man kann dies am Verhalten der folgсамsten Satellitenregierung, jener in Prag, ablesen.

Der Wunsch nach der Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Bonn, der in den zurückliegenden Jahren in keiner Regierungserklärung fehlte, ist seit dem Aufstand in Ungarn völlig verstummt. Vor einigen Monaten hat Arno Scholz vom Berliner „Telegraf“ versucht, darüber in einem Interview mit dem Außenminister David Näheres zu erfahren. Das Interessanteste an dieser Begegnung war, daß der Prager Außenminister dazu seine Erklärung wörtlich vom Blatt ablas, ein Zeichen geistiger Abhängigkeit von Moskau, die seit den Vorgängen in Polen und Ungarn nicht gelockert, sondern verschärft wurde.

Ist der Spielraum der Warschauer Regierung heute noch größer? Die Einschränkung der vor Jahresfrist gewährten Freiheiten, vor allem der Pressefreiheit, läßt befürchten, daß auch Gomulka den Ausweg aus dem Fehlerkreislauf des Diktatorsystems nicht finden kann. Kadar braucht den Rückhalt Moskaus mehr denn je und die Bewegungsfreiheit Rumäniens darf nicht überschätzt werden. Eine politische Einflußnahme auf die innere Entwicklung dieser Länder durch die Errichtung bundesdeutscher diplomatischer Vertretungen würde sich in bescheidenen Grenzen bewegen.

Ein Aufbrechen des Ostblocks durch diplomatische Kniffe liegt außerhalb der realen

Möglichkeiten. Das Problem besteht vielmehr darin, jenes Maß von wirtschaftlichen, geistigen und menschlichen Beziehungen zu normalisieren, welches unter dem gegenwärtig vorherrschenden Blocksystem möglich ist. Die Besserung der Lage der noch in den Ostblockländern lebenden deutschen Volksteile wäre dabei ein legitimes deutsches Anliegen.

Die Gegner jeglicher offizieller Kontakte zu den Ostblockstaaten (mit Ausnahme der Sowjetunion) übersehen vielfach, daß bereits durch die Existenz polnisch-tschechischer Militär- und Handelsmissionen in Berlin und Frankfurt durchaus einseitige Beziehungen zur Bundesrepublik existieren. Der heutige Zustand der bundesdeutschen Kontaktlosigkeit zu Prag, Warschau und Bukarest geht auf Kosten der vielen ungelösten menschlichen Probleme zwischen uns und diesen Ländern, vor allem des Besuchsverkehrs, der Hilfsleistungen und teilweise auch der Familienzusammenführung. Einen guten Beitrag zur schrittweisen Annäherung an die osteuropäischen Völker könnte zweifellos der schon längst geforderte deutsche Ostsender leisten. Damit ist keine Teilnahme an dem Propagandakrieg zwischen Ost und West gemeint, sondern die sozusagen normale Ausstrahlung des deutschen Geisteslebens und der deutschen Sozialkultur auf die Nachbarvölker im Osten.

Zunächst aber bestimmt der klare Wortlaut des Potsdamer Abkommens, „daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll“. . .“ Von dieser völkerrechtlichen Grundlage ausgehend, haben sich Bundesregierung und Bundestag entschieden gegen Sondervereinbarungen zwischen Pankow und Warschau verwahrt, welche dem Spruch der Friedenskonferenz vorgreifen wollten. Gleiches wurde gegenüber Absprachen zwischen Pankow und Prag getan, mit denen die Austreibung der Sudetendeutschen als „endgültig und gerecht“ anerkannt wurde.

Noch am 28. Juni 1956 wurde in einer Erklärung der Bundesregierung gesagt:

„In voller Übereinstimmung mit dem erklärten Willen des ganzen deutschen Volkes hat sie immer darauf hingewiesen, daß das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 fortbesteht und daß einseitige Entscheidungen, die in den Jahren nach dem völligen Zusammenbruch getroffen wurden, vom deutschen Volk nicht anerkannt werden. Das Recht auf die Heimat und das Selbstbestimmungsrecht sind unabdingbare Voraussetzungen für die Lösung des Schicksals der lebenden Menschen und Völker. Darum hat die Bundesregierung auch immer wieder feierlich erklärt, daß die Lösung des Problems der deutschen Ostgrenzen einem Friedensvertrag vorbehalten bleiben muß, zu dessen Abschluß nur eine vom ganzen deutschen Volk demokratisch legitimierte Regierung berechtigt sein kann. Diese Erklärung steht keineswegs im Gegensatz zu der wiederholt bekräftigten Feststellung, daß weder die Bundesregierung noch das deutsche Volk jemals ihren Rechtsanspruch mit Hilfe von Gewalt verwirklichen werden.“

Zur Frage des Heimatrechts der Sudetendeutschen hat der erste Deutsche Bundestag in einer feierlichen Erklärung vom 14. Juli 1950 Stellung genommen. Im Namen aller Fraktionen — mit Ausnahme der Fraktion der KPD — nahm der Bundestagspräsident zu dem Prager Abkommen vom 23. Juni 1950 Stellung. Es heißt in dieser Erklärung u. a.: „Das Prager Abkommen ist nicht vereinbar mit dem unveräußerlichen Anspruch des Menschen auf seine Heimat. Der Deutsche Bundestag erhebt deshalb feierlich Einspruch gegen die Preisgabe des Heimatrechts der in

GUMMISTIEFEL, SCHNEESCHUHE
jetzt kaufen
SCHUHHAUS NEUNER
Klagenfurt, St.-Veiterstraße

die Obhut der Deutschen Bundesrepublik gegebenen Deutschen aus der Tschechoslowakei.“

Der Versuch einer Revision dieser eindeutigen Festlegungen würde zweifellos das politische Leben der Bundesrepublik aufwühlen und auch in jenen großen Fragen der deutschen Zukunftsgestaltung einen Zwiespalt schaffen, über die bisher noch Einmütigkeit herrschte. Es geht dabei gar nicht in erster Linie um irgendwelche Sonderinteressen der Heimatvertriebenen gegenüber den Westdeutschen. Man kann ohne jeden Seitenblick auf das historische Ereignis der zweiten Völkerwanderung der Meinung sein, daß Verzichtserklärungen zur Frage der deutschen Ostgebiete nicht zur Auflockerung des Ostblocks führen, sondern im Gegenteil erst recht dazu beitragen würden, den Stalinismus in Warschau erneut in den Sattel zu setzen. Der Heimatanspruch der vertriebenen Deutschen hat bisher in weiten Kreisen des polnischen und auch des tschechischen Volkes das Gefühl wachgehalten, daß in Potsdam nur Provisorien geschaffen wurden und daß eine dauernde Friedensordnung in Europa erst begründet werden muß. Hinzu kommt, daß die Wiederbesiedlung der Vertreibungsgebiete nach allen Maßstäben westeuropäischer Zustände sowohl in Polen als auch in der Tschechoslowakei gescheitert ist. Wer sich die Zeit und Mühe nimmt, die Entwicklung in den Vertreibungsgebieten laufend zu verfolgen, wird zu dem Ergebnis kommen, daß nach dem erzwungenen Abzug von 12,5 Millionen Deutschen auch ein wirtschaftliches und soziales Vakuum zurückblieb, welches mit den Methoden einer totalitären Kolonisationspolitik nicht aufzufüllen ist. Das Problem einer

Wiedergutmachung der Austreibungen bliebe also bestehen, selbst wenn es durch offizielle deutsche Vorleistungen „gelöst“ erschiene.

Einige Folgerungen

Wer da glaubt, es ginge in der Frage der deutschen Ostgebiete bloß um „Tabus“ und nicht um Probleme von schicksalhafter Bedeutung, der möge bedenken:

1. Jede Verzichtserklärung in der Bundesrepublik bedeutet eine moralische Stärkung Pankows gegenüber der bisherigen Haltung von Regierung und Opposition in Bonn.

2. Jede Verzichtserklärung erschüttert das Vertrauen von 3,5 Millionen Heimatvertriebenen der sowjetisch besetzten Zone in die deutsche Demokratie und in die Solidarität der freien Welt.

3. Wer einen künstlichen Widerspruch zwischen dem Streben nach Wiedervereinigung und nach Wiedergutmachung der Austreibungen schafft, der entfernt sich von beiden Zielen. Der Heimatanspruch der Vertriebenen ist bisher — von der Haltung Westberlins abgesehen — die einzige elementare Manifestation, die einzige spontane Willenserklärung in der Richtung gewesen, daß sich die Deutschen mit dem Eisernen Vorhang nicht abfinden wollen. Blicke die Sache der Wiedervereinigung auf die Impulse der westdeutschen Bevölkerung allein gestellt, dann stünde es schlecht um sie.

4. Wer der deutschen Außenpolitik empfiehlt, noch weniger zu fordern als ihr der Wortlaut des Potsdamer Abkommens noch zusichert, der öffnet die Schleusen neuer willkürlicher Entscheidungen gegen das deutsche Volk. Es könnte sein, daß die ganze deutsche Frage noch einmal auf den Auktionstisch der Welt diplomatie geworfen wird, wenn wir uns selbst dazu bereit finden, auf die friedliche Geltendmachung unseres Rechtsstandpunktes zu verzichten.

SCHNELLSOHLEREI
Erfahrene Fachkräfte! Gefällige Maßarbeit!
Gute, preiswerte Bedienung!
HAAS Linz, Weingartshofstraße 36
(neben dem Gasthof „Zur Lokomotive“)

Die 3. Novelle zum ASVG

(Fortsetzung von Seite 2)

1. Jänner neuerlich dadurch aufgewertet, daß die am 31. Dezember 1955 bezogene Rente (vor Anwendung von allfälligen Kürzungs- und Ruhensbestimmungen) mit dem Aufwertungs-faktor 1,32 multipliziert und so etwa um ein Drittel erhöht wird. Allerdings müssen vor Anstellung dieser Berechnung von der Versichertenrente 40 Schilling, der Witwenrente 20 Schilling und der Waisenrente acht Schilling abgezogen werden. Nicht die gegenwärtig bezogene Rente wird um ein Drittel erhöht, sondern die am 31. Dezember 1955 bezogene. Gegenüber den bisherigen monatlichen Rentenbezug bedeutet dies immerhin ein Mehr von etwa 11 bis 223 Schilling. Damit wird es einem Angestellten-Altrentner, der von 1909 bis 1955 ununterbrochen jeweils mit der höchsten Beitragsgrundlage versichert war, möglich sein, nach dem 1. Jänner 1958 eine Rente von monatlich etwa 1848 Schilling zu erreichen. Durch diese Neufassung des § 522 a, Abs. 2, Z 2 ASVG werden etwa 140.000 Personen betroffen.

3. Begünstigung von Lehrlingen bei Feststellung der Ausgleichszulage: Das ASVG hat bekanntlich für alle Rentenbezieher einen sogenannten Richtsatz aufgestellt; wurde dessen Höhe nicht erreicht, so erhält der Rentner als Ausgleichszulage die Differenz zwischen Richtsatz und Rente. Allerdings muß hiebei das sonstige Einkommen des Rentners berücksichtigt werden. Für die Bezieher einer Waisenrente, die regelmäßig bis zum 18. Lebensjahr gewährt wird, beträgt der monatliche Richtsatz 200 Schilling, bei Doppelwaisen 300 Schilling. Dies hatte bei Lehrlingen, die eine Lehrlingsentschädigung und überdies eine Waisenrente bezogen, zur Folge, daß ihnen die Ausgleichszulage entweder gekürzt oder überhaupt gestrichen wurde, weil meist das Gesamteinkommen des Lehrlings 200 bzw. 300 Schilling überstieg. Durch eine Ergänzung des § 292, Abs. 2, ASVG wird nunmehr erreicht, daß bei Feststellung des Gesamteinkommens von Waisenrentnern von der Lehrlingsentschädigung ein Betrag von 200 Schilling monatlich nicht angerechnet wird. Dadurch tritt ein Großteil der als Lehrlinge tätigen Waisenrentner wiederum in den Bezug der Ausgleichszulage.

4. Weitere Bestimmungen der 3. Novelle betreffen das Ruhen von Leistungsansprüchen bei einem Auslandsaufenthalt, Änderungen und Ergänzungen des ASVG im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetzes und des Landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherungsgesetzes und endlich einer Sonderregelung bei Vorliegen von Versicherungszeiten in mehreren Pensionsversicherungen, die nach den Bestimmungen verschiedener Bundesgesetze geregelt sind. Hier ist es inter-

DIPL. ING. **HITZINGER & CO.**
LINZ-VOLKSGARTENSTR. 21

Raumheizgeräte
in reicher Auswahl
Teilzahlungen
ohne Zinsen

essant, daß die Gesamtleistung (Rente) als einheitliche Leistung von dem Versicherungs-träger flüssigzumachen ist, bei dem die Versicherung zuletzt bestanden hat, wobei die übrigen diesem die auf sie entfallenden, anteilmäßigen Leistungen zu erstatten haben.

Die 3. Novelle zum ASVG wird von den vielen, die in vorgerücktem aber noch nicht pensionsreifem Alter als zu alt, krank oder mangels vorhandener Beschäftigung aus dem Arbeitsprozeß endgültig ausgeschieden wurden, aber auch von den etwa 140.000 Altrentnern mit besonderer Freude begrüßt werden.

Nachrichten aus der Heimat

Asch. Die Oberschule in Asch hat Mühe, ihre Klassen zu füllen. Es werden daher jetzt sogar Kinder mit der Note 4 in die Oberklassen aufgenommen.

Brüx. Die meisten neuen Wohnungen in der Brüxer Vorstadt sind an die Ferngasleitung angeschlossen. Gegenwärtig ist ein Heizkessel für 200 Wohnungen im Bau. Die Wohnungen sind allerdings schon längst bezogen und müssen inzwischen provisorisch geheizt werden. Der Bau des Kraftwerkes verzögert sich immer wieder, weil die Zulieferungen auf sich warten lassen. Ein Kessel, der für den August versprochen war, ist bis Ende Dezember nicht eingetroffen.

Budweis. Anfang Dezember wurden die Sammlungen des Heimatmuseums eröffnet. Sie haben vornehmlich Bezug auf die Hussitenzeit oder sollen in anderer Weise den tschechischen Charakter Südböhmens bezeugen.

Gablonz. Die evangelische Kirche wurde nach dem Krieg der Tschechoslowakischen Kirche zugewiesen und heißt jetzt „Sbor Dr. Karla Fraského“, nach dem ersten Patriarchen der Tschechoslowakischen Kirche. Die Gemeinde zählt 6000 Mitglieder und hat außer der evangelischen Kirche auch noch einen Betsaal in Kukan und die evangelische Kirche in Neudorf in Besitz genommen. Die Gemeindeglieder aber lassen die Kirchen meist leer stehen.

Hohenelbe. Anfang Dezember wurde Prof. Stepan von der Komotauer Gewerbeschule zu einem Jahr Freiheitsstrafe mit drei Jahren Bewährungsfrist und fünf Jahren Berufsverbot verurteilt. Er hatte eine Komotauer Schülergruppe geführt, von der im Februar 1957 der Schüler Hrdlička beim Skifahren ums Leben kam.

Iglau. 16 Genossen des volkseigenen Betriebes MASNA stahlen rund 20 Zentner Fleischwaren. Das Volksgericht verurteilte sie zu Strafen von sechs Monaten bis fünf Jahren.

Kapltitz. Im südböhmischen Grenzgebiet wurden im Jahre 1956 nach einem erst jetzt herausgegebenen Bericht 196 Häuser instandgesetzt, für die sich aber zum Teil noch keine Siedler gefunden haben. Allein im Bezirk Kapltitz stehen 32 Häuser zur Verfügung, im Bezirk Krummau sechs. Im Jahre 1956 sind rund 500 Neusiedler in den Kreis Budweis gekommen, die alle auf Kolchonen und Staatsgütern arbeiten.

Karlsbad. In Karlsbad werden jetzt wieder Reiseandenken verkauft. In der Nähe des Sprudels befindet sich eine kleine Werkstatt, wo Nachbildungen vom Hirschsprung aus Sprudelstein sowie versteinerte Rosen u. a. Gegenstände hergestellt und verkauft werden.

Klattau. Die 1945 stillgelegte Lohgerberei soll wieder in Betrieb genommen werden.

Leitmeritz. Der Eisenbahntunnel zwischen der Bahnstation-Stadt und dem unteren Bahnhof wird stillgelegt und zu einem Nahrungsmitteldepot umgebaut. Im Stadtgebiet wird gegenwärtig ein zwei Kilometer langes Stück der Eisenbahnstrecke Aussig-Nimburg verlegt und zweigleisig ausgebaut. Gleichzeitig wird die Staatsstraße 18 neu gebaut, die den

Verkehr aus dem Stadtzentrum abziehen soll. Die Verlegung erforderte eine Erhöhung der Elbebrücke und die Niederreißung von fünfzig Häusern. Die Bewohner dieser Häuser erhielten neue Wohnungen in renovierten Häusern der Altstadt.

Lobositz. Am 8. Dezember wurde in Lobositz ein 82 Meter hoher Stahlkamin der dortigen Kunstdüngerfabrik mit Hilfe von zwei vierzig Meter hohen Masten und vier Stahlseilen aufgerichtet. Der Kamin wiegt über 32 Tonnen und ist aus nichtrostendem Material. Er soll in Zukunft die giftigen Abfallgase der Stickstoffsäure absaugen.

Znaim. Die Beseitigung der Marienkapelle hat in der Bevölkerung großen Unwillen hervorgerufen. Der NARONDI VYBOR versprach deshalb, die Kapelle an anderer Stelle neu aufzubauen, aber niemand glaubt den Genossen.

Verhaftungen unter Deutschen

In der tschechoslowakischen Provinzpresse erscheinen in zunehmendem Maße Nachrichten über Verhaftungen von tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Nationalität. Als Grund wird in den meisten Fällen „Industriespionage und Arbeit für den bundesdeutschen Nachrichtendienst“ angegeben. Aus den Schilderungen der angeblich begangenen Verbrechen ist zu ersehen, daß die „staatsfeindliche Betätigung“ im allgemeinen lediglich darin bestand hat, daß sie das kommunistische System kritisierten und die Tatsache kommentierten, daß in der Tschechoslowakei die Jugend ohne gefragt zu werden zur Militärpflicht gepreßt und schon in den Schulen auf den Krieg vorbereitet wird, während gleichzeitig in den Zeitungen gegen die Aufstellung kleiner militärischer Kontingente in der Bundesrepublik gehetzt wurde.

Nicht alle Fälle von Verhaftungen sind bis jetzt bekannt geworden. Meldungen liegen jedoch aus dem Gebiet von Reichenberg vor, wo angeblich eine unter der Leitung eines Josef Schmidberger aus Turnau und eines Bruno Böhl aus Böhmisch-Leipa stehende Spionagezentrale ausgehoben worden sei. In diesem Zusammenhang sind über mehrere Wochen erstreckende Verhaftungen von insgesamt 40 Personen vorgenommen worden.

Fierlingers Opfer

Am 10. September 1957 verstarb, wie man jetzt erfährt, in einem slowakischen Gefängnis der ehemalige Senator Vojtech Dundr, der in Prag im März 1948 festgenommen wurde, als er als Sozialdemokrat das Angebot der Kommunisten und sozialistischen Überläufer zurückwies. Sein Denunziant war niemand anderer als Zdenek Fierlinger. Vojtech Dundr war der Typ eines Ideologen. Aus seinen Gesprächen mit Mitgefangenen ging hervor, daß Senator Dundr die Undurchführbarkeit der Karl-Marx-Theorie erkannt hat, aber niemals vom demokratischen Sozialismus abgelassen hat. Vom Frühling 1957 an sprach er davon, daß er wohl die Befreiung nicht mehr erleben würde, um so mehr aber widmete er sich seinen Mitgefangenen in Gesprächen. Es war eine hohe politische Schule hinter den Gittern des Gefängnisses in Ilava.

Die Landsmannschaften berichten:

Bundesverband

Härtebeihilfe nach dem Kriegsfolgengesetz

Mit 1. Jänner 1958 ist das westdeutsche Kriegsfolgengesetz in Kraft getreten. Es bestimmt, daß die Frage der nicht durch den Lastenausgleich erfaßten Ansprüche aus Kriegsverlusten einer späteren Regelung vorbehalten wird. Teil 4 (§ 68 ff) sieht jedoch schon jetzt für solche Schadensfälle Härtebeihilfen in Form von Unterhalts-, Ausbildungs-, Hausratshilfen und Darlehen zum Existenz- und Wiederaufbau vor, wenn eine Notlage vorliegt auf Grund von:

- Schäden durch Vermögensbeschlagnahme zum Zwecke der Reparation oder Restitution,
- Schäden durch Liquidation deutschen Vermögens im Ausland, soweit es sich nicht um Vertriebungs- oder Ostschäden handelt.

Eine noch zu erlassende Rechtsverordnung wird Näheres über die Voraussetzungen, unter denen Härtebeihilfen gewährt werden können, enthalten, insbesondere auch über den Begriff Notlage.

Das Gesetz stelle Möglichkeiten einer Notstandshilfe auch für unsere Landsleute in Österreich in Aussicht. Eine abschließende Beurteilung der eventuell durch dieses Allgemeine Kriegsfolgengesetz sich ergebenden Möglichkeiten kann erst nach Erlass der erwähnten Rechtsverordnung abgegeben werden.

Wir bitten daher unsere Landsleute um Geduld und werden rechtzeitig auf die Angelegenheit zurückkommen. Wir teilen nur noch mit, daß Anfragen und Anforderungen von Formblättern bei der Deutschen Botschaft in Wien keinen Zweck haben, da insbesondere Formblätter erst nach Erlass der Rechtsverordnung aufgelegt werden. Dr. Ulbricht

Ball der Sudetendeutschen Landsmannschaft

Man darf sagen, daß das Wagnis, zum ersten Mal in Wien einen repräsentativen Ball der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu veranstalten, voll gelungen ist. Die große Anzahl von Teilnehmern bewies, daß ein geselliges Beisammensein im Kreise österreichischer Freunde einem Wunsche vieler Landsleute entspricht. Der Verlauf des Ballfestes aber zeigte, daß die Landsleute in den bitteren Jahren nach der Vertreibung den alten Gesellschaftsstil nicht eingebüßt, sondern auf den Boden ihrer neuen Heimat übertragen haben. Und noch eine Beobachtung ließ sich machen: in die Sprachmelodie der Sudetendeutschen mischt sich zusehends das Wienerisch-Oesterreichische als äußeres Zeichen der Eingliederung. Kammer Sänger Paul Helm und Lm. Hofecker, die sich in erster Linie um die Vorbereitung des Balles bemüht hatten, durften mit Besuch, Verlauf und Stil des Balles wohl zufrieden sein.

In den prächtigen Räumen des Kursalons konnte Bundesobmann Major a. D. Michel als Ehrenprotektor Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Figl begrüßen, der in einer kurzen Ansprache die Grüße des Herrn Bundeskanzlers überbrachte und den Ballgästen wünschte, sie

Marto als Besatzungssoldat wieder nach Deutschland. Er dachte oft an das wertvolle Gemälde; nach zwölf Jahren aber regte sich in ihm das Gewissen. Wieder in den Staaten, erzählte er die Geschichte von dem Madonnenbild Father Kinney, der es nun persönlich übernommen hat, das Bild in die Alte Welt zurückzubringen. Wenn alles klappt, soll es im März im Passauer Dom aufgestellt werden.

Die „Passauer Neue Presse“ regt in diesem Zusammenhang an, zu überlegen, ob das Madonnenbild nicht im Böhmerwaldmuseum eine neue Heimstätte finden solle.

Gründung des Allgemeinen deutschen Kulturverbandes

Am 25. Jänner wurde in Wien der Allgemeine deutsche Kulturverband gegründet. Dr. Friedrich Nelböck, Prof. Dr. Taras v. Borodajkewycz und Dr. Karl Appel stellten Sinn und Zweck der Gründung dar: unsere deutsche Kultur- und Volksgemeinschaft weltoffenen Sinnes als eine Ganzheit zu pflegen und von dieser gesamtdeutschen Verantwortung her ein Förderer aller heimatischen, landsmannschaftlichen und volklichen Kultur- und Schutzarbeit zu sein. Die Gründungsversammlung wählte zunächst einen provisorischen Vorstand, der am ersten ordentlichen Verbandstag durch einen endgültigen ersetzt werden soll. Dabei werden auch die Mitglieder des Senats des Kulturverbandes ernannt werden. Als Obmänner wurden gewählt: Prof. T. v. Borodajkewycz, Wien; Prof. Dr. J. W. Manhardt, Limburg an der Lahn; Intendant Otto Hofmann-Wellenhof, Graz. Als Mitglieder wurden in den Vorstand gewählt: Dr. Karl Appel, Linz; Prof. Doktor Bruno Grimschitz, Wien; Dr. Mirko Jelusich, Wien; Dr. Franz Klingler, Linz (Donauschwabe); Dr. Friedrich Nelböck, Wien (Sudetendeutscher); Reinhold Pozorny, München; H. Reisinger, Gars am Kamp; Dr. Maria Schneider; Prof. Dr. Hans Sedlmayr, München; Dipl.-Ing. DDr. Heinrich Sequenz, Wien; Sekretionschef Dr. Konrad Thomasberger, Wien; P. Leonhard Tonko, Wien (Sudetendeutscher).

Aus ganz Oesterreich, aber auch aus deutschen Siedlungsgebieten außerhalb Oesterreichs sind zur Gründung des Allgemeinen deutschen Kulturverbandes Zustimmung- und Wunschbotschaften eingetroffen, so auch vom Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe Dr. Lodgman, vom Sprecher der Karpatendeutschen A. Birkner, vom Buchenlanddeutschen R. Bolberitz, vom Siebenbürger-Sachsen Dr. F. Philippi, München.

mögen sich in der Stadt wohlfühlen, die einmal auch ihre Hauptstadt war. Mit dem Worte: „Freundschaft für alle Zeiten!“ schloß der Minister seine Ansprache. Als Ehrengäste wurden weiter begrüßt der Vertreter des UNO-Hochkommissärs in Wien, Dr. Roerhold, die Prinzen Karl Albrecht und Ulrich von und zu Liechtenstein, Vizebürgermeister Honay, Nationalrat Dr. Pfeifer, Vertreter der Vertriebenen-Verbände und Vertreter der Landesverbände des SLOe.

Unter der Leitung von H. Mühlisiegel zogen dann die jungen Paare ein und tanzten nach einer kurzen Polonaise den Eröffnungswalzer, worauf unter den befeuernden Klängen der Kapelle Manhart — sie bewährte sich vor allem bei den modernen Tänzen — sich in dem mit österreichischen und sudetendeutschen Farben geschmückten Tanzsaal und in allen Nebenräumen ein fröhliches Treiben entwickelte. Das Lob über die Veranstaltung war unter den Teilnehmern allgemein.

Wien, Niederösterreich, Burgenland

Beskidland

Anmeldung des österreichischen Vermögens in Polen

Alle österreichischen Staatsbürger aus Schlesien und Galizien, die im heutigen Polen Realitäten oder sonstiges Vermögen — auch Erbschaft — besitzen, werden ersucht, die Anmeldung dieses Vermögens auf amtlichen österreichischen Formularen sofort beim Bundes-Finanzministerium in Wien I, vorzulegen, sofern dies noch nicht erfolgt ist.

Brüxer Volksrunde in Wien

Brüxer Volksrunde

Einige Tage nach ihrem 76. Geburtstag starb Marie Kasper, Schwester des Ministerialrates a. D. Kasper, nach schwerem Leiden. Die Beerdigung fand am 28. Jänner am Zentralfriedhof unter starker Beteiligung der Brüxer statt. Auch der Bund der Erzgebirger in Wien hatte eine Abordnung entsandt. Unsere Volksgruppe legte einen großen Kranz am Sarge nieder. Frau Kasper war wegen ihrem stillen Wesen sehr beliebt und nahm an allem, was die alte Heimatstadt Brüx anbetrifft, regen Anteil.

Die nächste monatliche Zusammenkunft findet am Samstag, 15. Februar, um 19 Uhr im Gasthaus „Daschütz“, Wien VIII, Stadtbahnhaltestelle Josefstädterstraße, statt. Der heimatische Zauberkünstler „Riecken“ tritt auf.

Landskron und Umgebung

Die Landsmannschaft hielt am 2. Februar im Vereinsheim Pelz die 8. ordentliche Hauptversammlung unter zahlreicher Beteiligung ab. Nach der Begrüßung durch Obmann Gustl Müller erfolgte die Totenehrung. Obmann Müller erstattete nun den Jahres- und Rechenschaftsbericht, Hauptkassier Heinz den Kassabericht. Beiden wurde von der Versammlung mit Dank und Anerkennung die Entlastung erteilt. Bei der Wahl wurde Gustav Müller zum Obmann, als sein Stellvertreter Karl Beschoner sowie alle bisherigen Funktionäre des engeren und erweiterten Vorstandes neuerlich einstimmig gewählt. Hauptkassier Postdirektor Heinz, der seinen beabsichtigten Rücktritt bis zur voraussichtlichen Uebnahme seiner Geschäfte durch Vereinsmitglied Herrn Alois Merta verschob, wurde in Würdigung seiner Verdienste die Ehrenmitgliedschaft verliehen. In der darauffolgenden Lichtbildervorführung versetzten sich die Anwesenden freudig zurück an liebe Stätten der Heimat. Obmannstellvertreter Beschoner, Kulturreferent Dplk. Patsch und Vereinsarchivar Josef Steiner lebten für ihre Mühe und Zeitaufwand lebhaften Beifall.

Am 18. Jänner hielt die Schöngengster-Jugend ihren 1. Ball bei Rakosch, Wien I, mit sehr gutem Erfolg ab. Die Musikkappelle der Justizwachebeamten spielten im flotten Rhythmus alte und neue Weisen zum Tanz auf, wobei auch die älteren Jahrgänge fröhlich mit der Jugend hielten.

Am 30. Jänner konnte Lm. Julius Fiebiger, Gastwirt und alter Turnbruder der Turnriege „Währing“, das 75. Lebensjahr gut vollenden.

Bund der Nordböhmen

Der Bund der Nordböhmen gratuliert herzlich Herrn Paul Weise zum 65. Geburtstag, Frau Angela Exner zum 70. Geburtstag und Frau Berta Müller zum 80. Geburtstag und wünscht in heimatlicher Verbundenheit das Allerbeste für das neue Lebensjahr!

Wir bedauern das Ableben des Mitgliedes Dipl.-Ing. Urban (Warnsdorf) und Frau Elise Reichelt (B.-Leipa) und werden ihnen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Die nächste Ausschusssitzung findet am 20. Februar um 19.30 Uhr in den Schützensälen, Wien VIII, Albertgasse 43, statt.

Das Café Postsparkasse gibt am Faschingssamstag einen Hausball, zu dem alle Landsleute herzlich eingeladen sind.

Sternberg

Beim Jännertreffen am 19. Jänner 1958 konnten viele Landsleute aus Westdeutschland begrüßt werden. Selbst aus der CSR

Sudetendeutsche Kulturausstellung als Wanderausstellung

Im Herbst vergangenen Jahres veranstaltete die Sudetendeutsche Landsmannschaft Oberösterreich eine Kulturausstellung der Sudetendeutschen, die in weitesten Kreisen größte Beachtung fand. In einem Zeitraum von acht Tagen wurden ungefähr 12.000 Besucher gezählt. Die Presse, der Rundfunk, die Austria-Wochenschau und das österr. Fernsehen haben diese Ausstellung entsprechend gewürdigt, indem sie sich mit ihr eingehend befaßten.

Wir beabsichtigen nun die in Linz erfolgreich gezeigte Schau als Wanderausstellung aufzubauen, die dann im deutschen Sprachraum gezeigt werden soll. Die Linzer Ausstellung war vornehmlich auf österreichische Verhältnisse abgestimmt. Die Wanderausstellung hingegen soll das Kulturschaffen der Sudeten-

geben wie Gründungsjahr, Betriebsart, Zahl der Beschäftigten (davon Sudetendeutsche), Anteil am Export usw. Auch Bildmaterial ist uns hier erwünscht.

Diese Ausstellung soll unsere friedliche Gesinnung, unsere Tüchtigkeit und unseren positiven Willen zur Mitarbeit am Aufbau eines geeinten Europas als Brücke zwischen West und Ost dokumentieren und mithelfen, die Heimat durch friedliche Verständigung für uns wieder zu gewinnen.

Schließlich bitten wir noch sudetendeutsche Vereinigungen, uns mitzuteilen, ob sie diese Ausstellung in ihren Orten durchführen können. Vorgesehen ist eine Ausstellungsfläche von ungefähr 130 Quadratmetern.

Ausstellungsstücke wollen Sie uns bitte vorerst nicht zusenden, sondern uns lediglich erst darüber Angaben schriftlich machen. Diese Mitteilungen erbitten wir an:

Sudetendeutsche Landsmannschaft in Oberösterreich, „Kulturausstellung“, Linz an der Donau, Goethestraße 63/20.

Die Madonna von Oberplan

Von einer interessanten Irrfahrt eines Madonnenbildes berichtete dieser Tage die „Passauer Neue Presse“. Die Geschichte, die der amerikanische Soldat John Marto dem katholischen Militärgesichtlichen Father Kinney anvertraute, begann in den letzten Tagen des zweiten Weltkrieges.

John Marto kam mit seiner Einheit nach Oberplan, dem Geburtsort Adalbert Stifters. In der Scheune eines verlassenen Bauernhauses fanden Marto und seine Kameraden einen toten deutschen Soldaten, der ein zusammengeklammertes Tuch umklammert hielt. Marto rollte das Tuch auf; es enthielt ein Madonnenbild, an dem eine Urkunde befestigt war, die von der Gnadenmutter von Marienhilf (Sancta Maria auxiliatrix Passaviensis) sprach. Es handelte sich, wie sich später herausstellte, bei dem Gemälde um eine Votivgabe von beträchtlichem Wert, die im 17. Jahrhundert ein frommer Pilger „Unserer Lieben Frau von Marienhilf“ gestiftet hat.

John Marto nahm damals das Bild gedankenlos an sich, gewann es aber mit der Zeit als Kriegsandenken lieb und nahm es, als er im Oktober 1945 Urlaub erhielt, mit in seine Heimat, und zwar nach Newbury im Staate New York. Seiner Mutter vertraute er das Madonnenbild an. 1949 kam John

„INTERCONTINENTALE“

Österreichische Aktiengesellschaft
für Transport- und Verkehrswesen

Filiale Linz-Donau, Stelzhamerstraße 2
und Lastenstraße 17, Telefon 2 65 01

deutschen auf breiterer Basis erfassen und auch die Aufbauarbeit nach der Vertreibung berücksichtigen. So wird diese neue Ausstellung eine Angelegenheit aller Sudetendeutschen! Wir richten daher an alle die Bitte, zum Gelingen dieser Ausstellung mit beizutragen. Wir können Bildmaterial über bedeutende Bauwerke (z. B. Theater, Museen, Turnhallen usw.) gebrauchen, desgleichen gute Städtebilder, Werke unserer großen Meister, wichtige Schriftstücke und Dokumente.

Weiter suchen wir Beweise unseres Kulturschaffens nach der Vertreibung, unserer Aufbauarbeit und Mitarbeit in den neuen Wohngebieten. Wir legen aber auch besonderen Wert auf die Kulturarbeit der Sudetendeutschen in aller Welt. Beweise unserer friedlichen Zusammenarbeit und Aufbauarbeit in der alten Heimat erscheinen uns ebenso wichtig.

Die Ausstellung wäre unvollständig, wenn sie nicht auch unser Schaffen auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Industrie, des Handels und Gewerbes darlegen würde. Wir bitten daher auch die sudetendeutschen Betriebe, uns solches Material an die Hand zu

kamen Landsleute und diese wurden ganz besonders begrüßt. Künstlerische und Gesangsvorträge wechselten ab und die vortragenden Künstler mußten, mit reichem Beifall belohnt, Zugaben machen. Klavier-vorträge unserer Konzertpianistin Fräulein Mila Forst, die auch die Gesangsvorträge begleitete, fanden reichen Applaus.

Unser nächstes Treffen, als Faschingsfest, findet am 16. Februar statt. Es werden alle Landsleute herzlich eingeladen. Das März-treffen, an welchem unserer 16 Toten gedacht wird, findet am 19. März statt.

SUDETIA zu Wien

Am 31. Jänner starb Professor Dipl.-Ing. Dr. techn. Rudolf Saliger. Professor Saliger, der auch unserer Körperschaft als „Ehrenbursch“ angehörte, lebte sein ganzes Leben getreu unserem Wahlspruch: „Der Heimat treu — treu unserem Volke!“ Dafür ist



Arbeitsparende amerik. Einbauküchen, mehr als 150 Schläf- und Wohnzimmer ständig lagernd!

Triumph der Leistung in Auswahl, Preis und Qualität Günstige Teilzahlungen!

MÖBELHAUS O'HARMATH

Salzburg · Kaigasse 28-34 mit 1200 m² Ausstellungsflächen

Ihm der Dank aller Bundesbrüder gewiß. Fi-ducit; Prof. Saliger.

Der ständige gemeinsame Mittagstisch in der „Zipfer“, I. Bezirk, Bellariastraße 12, wird von nun an nicht mehr am Dienstag, sondern am Donnerstag von 13 bis 14 Uhr abgehalten. Sudetendeutsche Jungakademiker sind als Gäste gerne gesehen.

Am 22. Jänner vollendete in Heimenkirch, Allgäu, BBr. Rudolf Jilg sein 70. Lebens-jahr und am 6. Februar Dipl.-Ing. Zeno Gödl, Zentralinspektor der ÖBB i. R., sein 75. Lebensjahr. Beiden entbieten wir unsere herzlichsten Glückwünsche.

Troppau

Die Heimatgruppe Troppau in Wien hielt am 21. Jänner eine erweiterte Vorstandssitzung ab, in der des 60. Geburtstages der Troppauer Schriftstellerin Hedwig Steiner gedacht wurde. Dr. Schembera würdigte das Leben dieser begnadeten Frau, die im künstlerischen Leben unserer Stadt eine bedeutende Rolle gespielt hat, wenn auch ihr Wirken nur einem kleineren Kreis zum Bewußtsein kam. Hedwig Steiner hat sich den Beruf einer Lehrerin gewählt, weil ihr Volksbildung Herzens-sache war. Auf Grund einer wissenschaftlichen Arbeit „Das Kind als Erziehungsmittel“ wurde sie zur Studienrätin ernannt und wirkte in dieser Eigenschaft an der Lehrerbildungsanstalt in Troppau in den Jahren 1942 bis 1945. Frau Hedwig Steiner fand über ihren Beruf hinaus Gelegenheit, durch ihre Ausbildung in Loheland der Troppauer Frauen- und Mädchenwelt den rhythmischen Tanz der Schule Loheland zu vermitteln. Damit im Zusammenhang hat Hedwig Steiner an vielen Kulturwochen der Sudetendeutschen teilgenommen und durch ihre fachkundige Trachtenberatung auf dem Gebiete heimati-chen Brauchtums schöpferisch gewirkt. Reich ist ihr dichterisches Schaffen, das neben ent-zückenden Märchen („Brumme“, „Prinzessin Fragviel“, „Himmelsmärchen“, „Kaspar Holli-drio und die Prinzessin Zimbeline“) die Ge-dichtsbände „Schauen und Sinnen“ und „Ge-dichte“ umfaßt. Eine biographische Skizze über den Bildhauer Anton Hanak, die Mär-chenoper „Die Jungfrau Melen“, „Die Drei-königs-Legende“, die Erzählung „Aus dem Leben der Caterina Caniana“ und „Ballade aus Mythe, Sage und Geschichte“ vervollstän-digen ihr künstlerisches Schaffen. Frau Dok-tor Hartmann las anschließend mehrere Ge-

zichte und eine Szene aus dem geschichtlichen Spiel aus dem 30jährigen Krieg „Bernecker“, in dessen Mittelpunkt der aufrechte Troppauer Bürgermeister zur Zeit des Däneneinfalles steht. Derzeit lebt Frau Hedwig Steiner als Lehrerin in Hessen (Bebra). Ihre Leseabende an der Volkshochschule Kassel erfreuen sich weiterer Beliebtheit.

Von den Anwesenden wurde der Wunsch geäußert, Hedwig Steiner zu einem Vortrags-abend nach Wien einzuladen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde be-schlossen, am 9. Februar 1958 in Kührers Re-staurant eine Faschingsveranstaltung der Hei-matgruppe Troppau unter der Leitung von Dipl.-Ing. Eduard Rothacker und Kandi Nie-dermeyer und Mitwirkung der Kapelle Paul Mayer (Neutitschein) durchzuführen. Beginn 17 Uhr.

Kärnten

Bezirksgruppe Villach

Die Bezirksgruppe Villach der SLOe ladet zur ordentlichen Hauptversammlung am Samstag, 22. Februar, um 19.30 Uhr im Gast-hof Hofwirt, Hauptplatz 10, höflichst ein. An-träge für die Versammlung müssen bis 15. Fe-bruar beim Obmann eingelangt sein.

Oberösterreich

Sprengel Derflingerstraße

Es wird nochmals darauf aufmerksam ge-macht, daß am Samstag, 8. Februar, wegen des Böhmerwälderballes kein Heimatabend stattfindet. Der nächste Heimatabend (Haupt-versammlung) findet am 8. März 1958 im Gasthaus „Zum schwarzen Anker“ in Linz, Hessenplatz, statt.

Bezirksgruppe Gmunden

Auszeichnung

Einem der namhaftesten und verdienstvoll-sten Männer des Feuerwehrwesens im Bezirk Gmunden, Kürschnermeister Lm. Rudolf Grabsky, wurde nunmehr eine gebührende öffentliche Anerkennung und Auszeichnung zuteil. Im Auftrage der Landesregierung und im Beisein von Bürgermeister Piringer und des Bezirkskommandanten Kaser überreichte am 27. Jänner Bezirkshauptmann Hofrat Dr. Praxmarer dem unermüdeten und be-währten Funktionär das ihm verliehene Feuerwehr-Verdienstkreuz des Landes. Herr Grabsky gehört seit dem Jahre 1931 der Feuerwehr an, ist seit Kriegsende tatkräftiger Kommandant der Stadtfeuerwehr, war von 1949 bis 1953 Abschnitts- und ist heute Ehrenabschnittskommandant.

Bielitz-Biala, Teschen

Einladung.

Unser Februar-Treffen findet am Samstag, 15. Februar d. J., wie immer im Theater-Casino, Linz, Promenade, statt. Dem Fasching Rechnung tragend, ist dieser Abend als Un-terhaltungsveranstaltung mit Musik und Tanz vorgesehen und startet unter der Devise: „An der Thomke schlacht a Schwein.“ Selbstver-ständlich wird es echt schlesische Blut- und Leberwürste geben! Auch für heitere Einla-gen und sonstige Überraschungen ist gesorgt. Es ist kein Kleider- oder Kostümszwang, er-scheinen Sie in Straßenkleidung, aber bringen Sie, um ein recht buntes Bild zu erreichen, Faschings-Kopfbedeckungen, Nasen u. dgl. mit. Beginn: 19.30 Uhr.

Im Dienste der Volksgesundheit

seit 160 Jahren

MERKUR

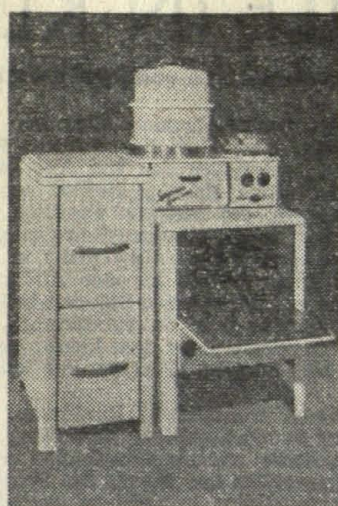
Wechselseitige Kranken-versicherungs-Anstalt Hauptanstalt Graz

Mehr als 250.000 Versicherte haben sich bereits der Betreuung unserer Anstalt an-vertraut

Unsere Spezialität:

Direkte Verrechnung mit Sana-torien und Krankenhäusern im Krank-heitsfalle
Eigene Sanatorien in Eggenberg und Rade-gund mit einem Gesamtbelag von 185 Bet-ten

Auskünfte über Tariffkombinationen für Heilkosten- und Zusatzversicherungen er-teilen wir gerne unverbindlich
Landesgeschäftsstellen in allen Bundesländern



IN JEDEM

anspruchsvollen
sparsamen
fortschrittlichen

HAUSHALT

der selbsttätige, ohne Aufsicht kochende

SAVARUS-ELEKTROHERD

(mehrfache Patente)

In kleinen monatlichen Raten erhalten heimatvertriebene Landsleute auch jedes andere Elektro- oder Radiogerät zu günstigen Bedingungen. Verlangen Sie Prospekte und Offerte.

Fa. Donauland-SAVARUS (Inh. K.F. Jeitschko)
Linz-Donau, Bethlehemstraße 68 - Telefon 24 633



Egerländerbmj Linz

MASKENBALL

Freitag, den 14. Februar 1958, Stadtkeller Masken erwünscht, jedoch kein Zwang Eintritt S 10.—

Wir laden alle Mitglieder zu der am 8. März im Vereinheim „Weißes Lamm“, Linz, Her-renstraße, stattfindenden Hauptversammlung höflichst ein. Beginn 20 Uhr. Wir erwarten vollzähliges Erscheinen.

Salzburg

Die Landesleitung Salzburg teilt mit, daß 899 Einbekenntnisse über erlittene Kriegs- und Vertriebungsschäden eingereicht wurden. Davon entfallen 755 auf bereits Eingebürgerte, 123 auf reichsdeutsche Staatsbürger, vier pol-nische Volksdeutsche und 17 ungeklärte Fälle mit einer Gesamtschadenssumme von rund 200 Millionen Reichsmark.

Die von der Sudetendeutschen Landsmann-schaft Salzburg durchgeführten Erhebungen beziehen sich auf 90 Millionen Reichsmark feste Werte, 58 Millionen Reichsmark für Hausrat, zirka zwölf Millionen Reichsmark auf Berufsschäden und zirka 40 Millionen Reichsmark auf Schäden an Spar- und Betei-ligungswerten.

Die Landmannschaften haben ein Interesse daran, zu erfahren, was mit den zurückgelas-senen Vermögenswerten geschehen ist bzw. was man über die weitere Verwaltung und Verwertung dieser Vermögenswerte, insbe-sondere betreffend die festen Werte an Grund und Boden und Haus-, Fabriksbesitz usw. erfahren kann. Alle eingehenden Berichte würden dann unseren vertriebenen Lands-leuten zur Kenntnis gebracht werden.

Viele feste Werte sind inzwischen verkauft worden — und das, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, ob es sich um feste Werte altöster-reichischer Landsleute handelt oder um Werte der Vertriebenen.

Es wird Sache der Sudetendeutschen Bun-desverbandsleitung sein, mit jenen Stellen der österreichischen Regierung in Verbindung zu kommen, die sich derartiger Fälle zugunsten der Geschädigten annimmt, denn es ist wohl kaum anzunehmen, daß mit Duldung solchen Unrechtes dem erstrebten europäischen Frie-den gedient ist.

Die Sudetendeutsche Landmannschaft er-sucht alle in Oesterreich lebenden Landsleute, alle derartigen Vorkommnisse der Verbands-leitung zu melden — oder direkt dem zu-ständigen Verbandsorgan „Sudetentpost, Linz, Goethestraße 63“, bekanntzugeben.

Landsleute!

Kauft bei den
Inserenten der
Sudetentpost!

Skischuhe, Pelzschuhe,
Apreski, größte Aus-
wahl, günstige Preis-
lagen, in Kärntens
größtem Schuhhaus
Neuner, Klagenfurt.

MÖBEL - MÖBEL - MÖBEL
Landsleute
erhalten Rabatt
im
Fachgeschäft
MÖBEL
„Neue Heimat“
LINZ, Dauphinestr. 192
bietet an: HARTE, FUR-
NIERE SCHRANKZIMMER
S 4995.— mit Spiegel
FEDERBETTEN
TRATTEN S 295.—
DOPPELCOUCH
ab S 3580.—
JOKA ALLRAUM-
BETTEN SW-
MÖBEL

BESTELLSCHHEIN

Ich bestelle ab sofort die Zeitung „SUDETENPOST“ und wünsche die Zustellung an folgende Anschrift:

Name
Beruf
Wohnort
Zustellpostamt

Ich nehme zur Kenntnis, daß die Bezugsgebühr von S 10.— jedes Vierteljahr im vorhinein durch den Postzusteller bei mir eingehoben wird.

Unterschrift

In einem Briefumschlag mit 30 Groschen Porto zu senden an die „Sudetentpost“, Linz, Goethestraße 63.

SUDETENPOST
Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Sudeten-deutscher Presseverein, Linz, Goethestraße 63. Für den Inhalt verantwortlich: Gustav Putz, Linz, Richard-Wagner-Straße 11. — Druck: J. Wimmer Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H., Linz, Promenade 23.
Anzeigenannahme Wien: SASKO, Werbungsmit-tlung, Wien XV, Mariahilferstraße 223, Tel. 33-5-84.
Anzeigenannahme Linz: Direktor Bruno Knorr, Linz, Südtirolerstraße 16, Tel. 25 76 08.
Die „Sudetentpost“ erscheint zweimal monatlich. Bezugspreis S 10.— im Vierteljahr, Einzelnummer S 1.70. Die Bezugsgebühr wird durch die Post ein-gehoben. Verwaltung, Anzeigen und Redaktion: Linz, Goethestraße 63, Telefon 2 51 02. Bankver-bindung: Allgemeine Sparkasse in Linz, Konto 2313, Postsparkassenkonto 73.493.

Redaktions-schluß für die Folge 4 am 18. Februar 1958



Kärntnerische Landes-Brandschaden-Versicherungs-Anstalt

Telegramme: Kälalabrand

KLAGENFURT • ALTER PLATZ 30

Fernruf: 58-46, 58-47

Versichert bei der „Kälalabrand“

DIE MUSIKSCHULE IN KLOSTER-BRUCK

Kulturhistorische Skizze von Paul Brückner

Der um Verbreitung von Kunst und Wissenschaft hochverdiente Abt Sebastian I. (Freitag von Czepiroch) hatte im 16. Jahrhundert im Klosterstift Bruck bei Znaim ein Institut gegründet, in dem die adeligen Jünglinge des Landes zu verschiedenen Berufszweigen herangebildet werden sollten. Der kunstsinnige Abt war seit jeher ein großer Freund der Tonkunst gewesen und stand mit den größten Tonkünstlern und Komponisten seiner Zeit, die ihm auch mehrere ihrer Werke dedizierten, in Verbindung. Freitag war Doktor der Rechte. Seine große wissenschaftliche Bildung verschaffte ihm den ehrenvollen Ruf an den Hof Kaiser Maximilians II., wo er als Erzieher des Kronprinzen Rudolf (nachmals Kaiser Rudolf II.) bald allgemein hoch in Achtung stand. Hier knüpfte ihn ein inniges Freundschaftsbündnis an den damaligen Hofkapellmeister Philipp von Bergen, oder wie er sich am liebsten nennen ließ, de Monte, wodurch Freytags Vorliebe zur Tonkunst immer mehr geweckt wurde. Wann Freitag in die Abtei Klosterbruck kam, ist unbekannt. Eine für die musikalischen Bestrebungen Freytags charakteristische Klosterlegende erzählt, er sei bei einer Vorbeiride am Kloster durch den erbaulichen Choralgesang der Prämonstratenser derart ergriffen worden, daß er den Entschluß faßte, in das Kloster einzutreten. Bald nach seinem Eintritt scheint er im Jahre 1574 Abt geworden zu sein. Als solcher richtete er sein besonderes Augenmerk auf die Förderung der Tonkunst, nicht bloß in der Klosterkirche, sondern auch in der Stadtkirche St. Niklas in Znaim, deren Patron er war. Er richtete zuerst freundliche, dann mahnende Vorstellungen an den Stadtrat wegen Hebung der Kirchenmusik. Der Stadtrat hatte wohl schon früher für die Besoldung eines Organisten, eines Regenschori und mehrerer Cantores Sorge getragen, und wir finden in den Stadtrenten vom Jahre 1560 schon deren Bezüge angesetzt. Aber die Pflege der Musik war damals weder in Znaim noch in seinen Klöstern derart, daß Freitag mit einheimischen Kräften irgend etwas Fruchtbringendes zu leisten hätte hoffen dürfen. Er wendete sich daher schon am 18. Mai 1574 an den P. Emerikus Forster, Rektor in Wien, sowie an den Jesuiten P. Regius in Wien mit der Bitte, ihm einige geschickte Musiker zu senden. Das hohe Ansehen, in dem Freitag von Czepiroch in Wien allenthalben stand, läßt wohl eine sofortige Gewährung seines Ansuchens vermuten. Es ist jedoch nicht bekannt, welche Musiker nach Znaim und Klosterbruck gekommen sind. Am 15. Juni 1584 wurde abermals aus Wien Daniel Zanger als Organist nach Klosterbruck berufen.

Das hauptsächlichste Verdienst aber um Klosterbruck und Znaim erwirkte Abt Sebastian I. durch die Gründung des adeligen Bildungsinstitutes. Nicht etwa als Nebengegenstand, sondern mit besonderer Vorliebe und als Hauptsache wurde dort Musik gepflegt. Sebastian gewann 1575 als Musiklehrer für diese Anstalt durch Vermittlung seines Freundes Philipp de Monte mehrere ausgezeichnete Musiker aus Italien. Diese führten die damals in hoher Blüte stehende klassische italienische Kirchenmusik in Klosterbruck in Znaim ein; denn Freitag ließ durch seinen Musikchor nicht bloß in der Klosterkirche zu Bruck, sondern auch in der Stadtpfarrkirche in Znaim die Werke der italienischen Meister zur Aufführung bringen.

Namentlich erklangen oft des zeitgenössischen Palestrina unsterbliche Tonwerke.

Auf diese Weise war Sebastian Freitag von Czepiroch der Mann, der der Tonkunst in Znaim zuerst eine heimatliche Stelle bereitete; erst von seiner Zeit an kann man von musikalischen Bestrebungen in Znaim sprechen, und mit Stolz können die Znaimer auf diese Periode zurückblicken. Znaim und Klosterbruck waren damals die musikalischen Zentren des Landes. Die adeligen Jünglinge, den ersten Familien des Landes entsprossen, verbreiteten den geläuterten musikalischen Geschmack, den sie an der Klosterbrucker Musikbildungsanstalt empfingen, in ihrer Heimat immer weiter. Nach Znaim strömte der Adel der Umgebung und lauschte den Kunstwerken, welche die Zöglinge aufführten; berühmte Tonsetzer rechneten es sich zur Ehre, ihre dem Abte gewidmeten Kompositionen hier zur Aufführung gebracht zu sehen.

Nach Freitag von Czepirochs Tod setzte dessen kunstfreundliches Wirken sein Nachfolger Abt Sebastian II. von Chotieborz fort. Auch er sorgte nicht bloß für die musikalischen Bedürfnisse seiner Klosterkirche, sondern widmete auch der Stadt Znaim in dieser Richtung seine Sorgfalt und war namentlich stets bemüht, die Stadtpfarrkirche mit tüchtigen Organisten zu versehen. So präsentierte er zum Beispiel am 21. Dezember 1588 den Johann Wallisch dem Stadtrat als Organisten.

An der Klosterkirche in Bruck finden wir um diese Zeit als Organisten und Regenschori sowie als Musiklehrer am Bildungsinstitut den Prämonstratenser Johann Wenzel Haiden, gebürtig aus Lambach in Niederösterreich. Er war vier Jahre Sängerknabe im Stifte Geras gewesen, wo er seine Studien vollendete. Vom Abte Sebastian II. erlangte er die Aufnahme in das Klosterbrucker Stift, erhielt nach zurückgelegtem Noviziat die Weihen bis zum Grade eines Diakons, starb aber plötzlich am 11. Oktober 1607 an der Pest. Johann Wenzel Haiden soll ein ausgezeichnete Musiker gewesen sein; die Stiftsannalen erwähnen ihn ausdrücklich als hervorragenden Tonkünstler, begabten und tüchtigen Musiklehrer. Wie sehr die Klostergenossen sein Talent würdigten, bewiesen sie dadurch, daß sie seine Leiche in der Klostergruft neben dem Sarge Sebastian Freytags beisetzen.

Unter den herannahenden Stürmen der Religionskriege ging auch das Brucker Klosterstift und namentlich das von Abt Sebastian I. gegründete Bildungsinstitut seinem Verfall entgegen, die adeligen Familien, die sich meist der neuen Glaubenslehre zuwendeten, gaben ihre Söhne nicht mehr in das klösterliche Institut, und als der Abt selbst 1620 von den aufrührerischen Ständen in Haft genommen worden war, da verstummte natürlich die Tonkunst unter dem kriegerischen Lärm, von dem nun die Klöster Räume widerhallten.

Neben diesen wohlthätigen Einflüssen, die Klosterbruck in musikalischer Beziehung auf Znaim übte, finden wir als selbständige musikalische Pflanzstätte der Musik das Seminar des Jesuitenkollegiums, in welchem gleichfalls Musik gelehrt und geübt wurde, wobei aber wohl nur die eigenen Bedürfnisse der Kirchenmusik den Maßstab für den Umfang des Musikunterrichts gebildet haben mögen.

Der Dreißigjährige Krieg (1618 bis 1648), welcher auch Znaim und die Umgebung verheerend heimsuchte, wirkte tödlich auf die Musikkunst. Als die Kriegswirren endlich vorüber und die Gemüter der Menschen wieder sanfteren Regungen zugänglich waren, da waren es wieder die Hallen der Klosterabtei Bruck, die der Tonkunst zuerst eine freundliche Stätte gewährten.

Schon in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts finden wir die mit Haiden angefangene Reihe der Regenschori wieder erneuert und nun in ununterbrochener Reihenfolge bis zur Auflösung des Stiftes fortlaufend. Wenn auch die Brucker Musikschule nicht mehr jene Stufe erreichte, die sie vor dem Dreißigjährigen Krieg innegehabt hatte, so wurde doch durch manchen schönen Erfolg der Eifer der Lehrer gekrönt. So zum Beispiel erwarb sich der Regenschori P. Basilius Graff, eine bekannte Musikgröße seiner Zeit, das ausdrückliche Lob Kaiser Karls VI. und der Kaiserin Elisabeth, als er bei deren Durchreise durch Znaim im Jahre 1723 den Majestäten eine Serenade brachte sowie auch am anderen Tage in der Dominikanerkirche zum hl. Kreuz eine Messe mit seiner aus 36 Mitgliedern bestehenden Kapelle zelebrierte.

Auch unter den übrigen finden wir Männer, welche zu ihrer Zeit als tüchtige Musikfreunde berühmt waren.

Neben der Reihe dieser praktischen Kirchenmusik-Leiter und -Lehrer darf der Pater Prokop Divis (geb. 1. August 1696 zu Senftenberg in Böhmen, gest. 21. Dezember 1765 in Prenditz bei Znaim) nicht mit Stillschweigen übergangen werden, da er der Erfinder eines musikalischen Instrumentes war, das man nach seinem weltlichen Namen Dionis Denis d'Or benannte und das bei der Aufhebung

des Stiftes auf 100 Dukaten geschätzt und seiner Originalität wegen in das k. u. k. Kunstkabinett eingeliefert werden mußte.

Der Erfinder hatte aber nur den damaligen und auch letzten Stiftsorganisten Wiesner die künstlich praktische Behandlung dieses neuen Instrumentes gelehrt.

Wiesner wurde von Bruck zur Kirche am Hof in Wien als Organist berufen. Da aber sonst niemand die Behandlung dieses originellen Instrumentes verstand, so erhielt später Wiesner das Instrument von Kaiser Josef II. als Geschenk.

Aber leider ist mit Wiesners Tod nicht nur das kunstvolle Instrument verschwunden, sondern auch jede weitere Nachricht darüber verlorengegangen. Der Erfinder war schon am 22. Dezember 1765 in Bruck gestorben.

Von den musikalischen Kunstschatzen des einst so berühmten Kirchenchores des Stiftes Bruck ist uns leider weder ein Verzeichnis noch ein oder das andere berühmte Tonwerk aus seiner Bibliothek bekannt; nur die meisterhafte Orgel, unbekannt, wo und von welchem Meister erbaut, mit einem Monster-

Violon nebst zwei Pauken und vier Trompeten, bildete das Kunstgerät, das bei der Aufhebung des Stiftes zum Kirchengebrauch zurückgelassen wurde.

Nicht gerade förderlich für die Kirchenmusik war es, daß der damalige Brucker Schullehrer nicht einmal die Orgel spielen konnte. Dieser traurige Zustand dauerte so lange, bis endlich ein Mann an die Brucker Schule berufen wurde, dessen seltenes musikalisches Talent bald allgemein anerkannt wurde und der mit liebevoller Hingebung ein treuer Pfleger und Förderer echter Kirchenmusik gewesen ist. Dieser Mann, es war Josef Füglerl, hat sich auch als Musiklehrer einen Namen gemacht, und eine große Anzahl tüchtige Musiker wurden von ihm herangebildet.

Sudetendeutscher Kalender

Die Sudetendeutsche Buchhandlung Anton Böhringer in Wunsiedel legte jüngst ihren Katalog neuer und antiquarischer Bücher über die sudetendeutsche Heimat auf. In dem Katalog sind alle Sparten des Wissens und der Unterhaltung vertreten und seltene, kostbare wie auch wohlfeile Werke enthalten. Der Verlag sendet auf Wunsch diesen Katalog zu. Im zehnten Jahrgang gibt der Verlag den Sudetendeutschen Kalender heraus. Ein Bestellschein für diesen liegt der heutigen Folge bei.

Schlesischer Bahnbrecher der Technik

Hofrat Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Saliger †

Am 31. Jänner, einen Tag vor der Vollendung seines 85. Lebensjahres, ist in Wien Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Rudolf Saliger gestorben. Wir hatten gedacht, ihm zu seinem Geburtstag die nachstehende Würdigung seines Schaffens widmen zu können, nun ist das Geburtstagsgedenken zum Nachruf geworden.

In Spachendorf, Bez. Freudenthal, Oesterr.-Schlesien, wurden am 1. Februar 1873 dem Tischlermeister Gustav Salinger als elftes Kind ein Sohn Rudolf geboren. Die Saliger sind als Bauernfamilie seit Jahrhunderten im Altvaterland ansässig.

Der junge Sudetendeutsche besuchte die Staatsoberrealschule in der Landeshauptstadt Troppau, wo er 1891 die Reifeprüfung ablegte, kam anschließend zum Studium an die Bauingenieurabteilung der Technischen Hochschule nach Wien. Die zweite Staatsprüfung legte er 1898 ab, das damals noch seltene Doktorat erwarb er 1903 auf Grund der Arbeit „Festigkeit veränderlicher elastischer Stoffe, insbesondere der Eisenbetonbauten“. Nach der Militärdienstleistung trat Ing. Saliger als Ingenieur in die Brückenbauabteilung der k. u. k. priv. Südbahngesellschaft in Wien ein. U. a.

wirkte er als Bauleiter bei der Verlängerung des Egydi-Tunnels bei Marburg an der Draa, in Eisenbeton, eine der ersten Ausführungen dieser Art. In den Jahren 1899/1900 war unser Lm. als Ingenieur der k. u. k. Statthalterei in Linz im Entwurf und teilweise bei der Bauleitung von Brücken tätig. Sein Eintritt in den technischen Schuldienst in Posen und später in Kassel erfolgte im Jahre 1900. Im Jahre 1905 gab der hervorragende Sudetendeutsche sein Lehrbuch „Der Eisenbeton in Theorie und Konstruktion“ heraus, es war das erste Werk dieser Art in deutscher Sprache. Seine theoretischen Abhandlungen erhielten besonderen Nachdruck dadurch, daß das preußische Ministerium diese Berechnungen Saligers für statische Untersuchungen vorschrieb. Bis zum Jahre 1907 war sein Ruf als Statiker und Eisenbetonfachmann schon so groß, daß er in zahlreichen Streitfällen als Sachverständiger angerufen und Anträge zur Uebnahme von Stellungen in Deutschland und im Ausland erhielt.

Vom Frühjahr 1908 bis Herbst 1909 wirkte unser hervorragender Landsmann als außerordentlicher Professor an der Deutschen Technischen Hochschule in Prag. Im Herbst 1909 erfolgte seine Berufung an die Wiener Technische Hochschule, wo er bis 1941 außerordentlich erfolgreich tätig war. Sein Name geht in die Geschichte dieses Institutes als einer ihre ganz Großen ein. In den Jahren 1920 bis 1922 wirkte der berühmte Sudetendeutsche als Dekan an der Bauingenieur-fakultät der Technischen Hochschule, 1924/25 als Rektor Magnificus.

Es würde viel zu weit führen, wollte man alle die Berufungen in die verschiedenen Fachgruppen und Körperschaften sowie die vielen Ehrungen aufzählen, die unserem berühmten Landsmann zuteil wurden. Im Jahre 1931 wirkte Professor Saliger als Bauberater in der Sowjetunion. 1932 wurde er mit der Wilhelm-Exner-Medaille ausgezeichnet. Seine Heimatgemeinde Spachendorf verlieh ihm 1937 die Ehrenbürgerschaft und ließ an seinem Geburtshaus eine Gedenktafel anbringen, die 1945 vom tschechischen Mob zerschlagen wurde. Im Jahre 1939 wurde der berühmte Eisenbetonpionier wirkliches Mitglied der Oesterreichischen Akademie der Wissenschaften. 1943 wurde er mit der Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft ausgezeichnet. Die Oberrealschule in Troppau wurde in „Rudolf-Saliger-Oberschule für Jungen“ umbenannt. Ferner erfolgte seine Ernennung zum korrespondierenden Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Prag. Zwischen 1945 und 1947 kränkte man den sich um Oesterreich so außerordentlich verdient gemachten großen Sudetendeutschen durch Pensionierung mit gekürzten Bezügen, Behinderung der wissenschaftlichen Publikationen und der Mitgliedschaft der Akademie der Wissenschaften. Von 1947 bis 1949 war er sogar aus seinem Wohnhaus vertrieben. Im Jahre 1949 erhielt unser aufrechter Landsmann das goldene Ingenieurdiplom der Technischen Hochschule und 1951 die goldene Ehrenmünze des Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenvereines.

Von den Bauten, die nach seinen Berechnungen und Entwürfen in ganz Europa ausgeführt wurden, seien erwähnt: Eisenbogenbrücke über die Oppa in Troppau (1910), Justizpalast in Triest (1922), Kuppel der Feuerhalle am Wiener Zentralfriedhof (1922), Brigittabrücke über den Donaukanal (1924), Hochhaus für Bata in Zlin (1928), Wiener Stadion (1929/1931), Hochhaus in der Herrengasse (1930/1932), Reichsbrücke (1934), Entwürfe für das Stahlbetondach des Stephansdomes (1946), zwei Brückenbauten der Bundesbahn in Wels (1950/1951).

Professor Saliger war ein echter Sohn seiner schlesischen Heimat, von aufrechter Haltung und Kraft, zäh, schaffensfreudig und ausdauernd. Anlässlich seines 80. Geburtstages hatte diesen großen Sohn der schlesischen Heimat der „Humanitäre Verein der Schlesier in Wien“ zu seinem Ehrenmitglied ernannt.

Paul Brückner



Alte Mühle im Böhmerwald

Solche alte Mühlen, die Getreide mahlten oder Leinöl stampften, standen an vielen Bächen unseres Böhmerwaldes und erfüllten die ruhige Landschaft mit ihrem Klappern. Hoch über ihnen ragte unser Wald auf, in dem sie sich bargen. Wald und Wasser rauschten gemeinsam die Melodie der Heimat.

Photo: F. Grubauer